

Universität Bielefeld

Fakultät für Soziologie

Working Paper No. 8

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education / Working Papers

Wirtschaft gut – Politik mangelhaft

Ökonomische und politische Bildung
in der Sekundarstufe I
in Nordrhein-Westfalen

Mahir Gökbudak, Reinhold Hedtke
Dezember 2018

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Working Papers

ISSN 2364-7698

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften stellen vorläufige Forschungsergebnisse oder Resultate aus laufenden Forschungsprojekten vor und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Sie haben eine interne und externe Kommentierung und Begutachtung durchlaufen.

Social Science Education Working Papers are reporting on preliminary research results or results from current projects and are intended to provide a forum for debate and discussion. They have been subjected to internal and external comment and peer review.

Universität Bielefeld / Bielefeld University

Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology

Postfach / Postbox 100 131

33501 Bielefeld

Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

[reinhold.hedtke\[at\]uni-bielefeld.de](mailto:reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de)

[bettina.zustrassen\[at\]uni-bielefeld.de](mailto:bettina.zustrassen@uni-bielefeld.de)

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985

Bielefeld, 2018

© Copyright by the author(s)

**Wirtschaft gut –
Politik mangelhaft**

Ökonomische und politische Bildung
in der Sekundarstufe I
in Nordrhein-Westfalen

Mahir Gökbudak, Reinhold Hedtke

Forschungsprojekt
Die sozialwissenschaftliche Domäne
in allgemeinbildenden Schulen der
Sekundarstufe I
Analyse im Ländervergleich (SoWiDaS)

Inhalt

Zusammenfassung	1
1 Einleitung	2
2 Fragestellung des Forschungsprojekts	3
3 Daten und Methode	4
4 Forschungsergebnisse	10
5 Fachfremd erteilter Politikunterricht	20
6 Politisches Wissen und politisches Engagement	22
7 Ausblick	23
Anhang: Zur Datenbasis	25
Literatur- und Quellenverzeichnis	27

Wirtschaft gut – Politik mangelhaft

Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen

Zusammenfassung

Wie viel Zeit haben Schülerinnen und Schüler an Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien für die Beschäftigung mit ökonomischen Themen? Wie schneiden Wirtschaftsthemen bei der Lernzeit im Vergleich zu den Themenbereichen Politik und Gesellschaft ab? Stimmt es wirklich, dass die ökonomische Bildung an den Schulen der Sekundarstufe I zu kurz kommt? Drängt die Faktenlage das Schulministerium dazu, mehr Zeit für Wirtschaftslernen zur Verfügung zu stellen?

Die hier vorgestellte Studie gibt empirisch fundierte Antworten auf diese Fragen. Sie untersucht die Stellung des Wirtschaftsunterrichts und ökonomischer Themen an den drei zentralen Schulformen der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen: Realschule, Gesamtschule und Gymnasium. Sie ist Teil eines größeren Forschungsprojekts, das die sozialwissenschaftliche Domäne in der Sekundarstufe I im Ländervergleich zum Gegenstand hat.

Die Datenbasis für die Analyse sind Stundentafeln, Lehrpläne für die einschlägigen Schulfächer und ministerielle Vorgaben für obligatorische außerunterrichtliche Lernformen wie Betriebspraktika. Diese Vorgaben werden systematisch quantifiziert. Die Bestimmung des Stellenwerts wirtschaftlicher Themen erfolgt mit Hilfe quantitativer Indikatoren, die auch für den Vergleich mit dem Stellenwert politischer und gesellschaftlicher Themen genutzt werden. Damit kann die vom Gesetzgeber und vom Schulministerium festgelegte Bedeutung von Wirtschaftsthemen an nordrhein-westfälischen Schulen vollständig erfasst werden. So gewinnt man auch einen realistischen Befund der Zeitressourcen, die der ökonomischen Bildung an den Schulen durch die Bildungspolitik zugewiesen werden. Zugleich zeigen die Fakten die tatsächliche politische Prioritätensetzung hinsichtlich ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Bildung.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts bilden den Istzustand ab. Jüngste bildungspolitische Entscheidungen wie die Einführung eines Pflichtfachs Wirtschaft und die Ausdehnung der Lernzeit für Wirtschaftsthemen konnten noch nicht in die Berechnungen eingehen.

Die wichtigsten Forschungsergebnisse lassen sich in Kurzform wie folgt zusammenfassen:

- In der Sekundarstufe I entfällt pro Schulwoche bis zu dreimal so viel Lernzeit auf die ökonomische Bildung wie auf die politische Bildung: 17 bis 20 Minuten für Politik, 41 bis 63 Minuten für Wirtschaft.
- Für Wirtschaftsthemen stehen je nach Schulform zwischen 56 und 69 Prozent der Gesamtlernzeit des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) zur Verfügung. Für Politik schwankt dieser Wert zwischen 20 und 28 Prozent.
- Das durchschnittliche Zeitbudget für die obligatorischen Maßnahmen zur Berufsorientierung ist deutlich größer als das für die Behandlung politischer Themen in der gesamten Sekundarstufe I.
- Mindestens dreieinhalb Wochen sind für die außerunterrichtliche und außerschulische ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch. Die Schulen können dieses Zeitvolumen verdoppeln.
- Für die politische und für die gesellschaftliche Bildung gibt es keine verbindlichen außerschulischen Maßnahmen. Das gilt auch für die historische Bildung.
- Gesellschaftliche Themen haben nur marginale Bedeutung, ihr Lernzeitanteil im sozialwissenschaftlichen Lernbereich liegt zwischen 11 und 18 Prozent.
- Gemessen am Lernzeitanteil für Wirtschaftsthemen ist die Gesamtschule die Schulform mit der höchsten Wirtschaftsaaffinität.

1 Einleitung

Die bildungspolitische Debatte über die ökonomische Bildung an Schulen ist seit jeher kontrovers. Die einen behaupten, die „Schule ist ein wirtschaftsfreier Raum“ (Retzmann 2016), während andere befürchten, dass „wir zu viel ökonomische Bildung in die Schulen transportieren“ (Engartner 2018, S. 52). In Nordrhein-Westfalen will die CDU-FDP-Landesregierung „die ökonomische Bildung an allen Schulen gezielt stärken“ (MSB 2018a), während Lehrerverbände wie der Verband Bildung und Erziehung für die „Stärkung politischer und wirtschaftlicher Themen in bereits bestehenden Fächern“ plädieren (VBE 2018: 5). Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beurteilt das Vorhaben, „die Anteile an ökonomischer Bildung aus den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern auszugliedern und in das neue Fach zu überführen“, als „kontraproduktiv“ (GEW 2018). Der Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen e. V. sieht „das Anliegen der ökonomischen Bildung am wirkungsvollsten in einem eigenständigen Fach Wirtschaft realisiert“ (VÖBAS 2018).

Jenseits dieser Kontroverse gilt: Politische Entscheidungen über Wirtschaft in der Schule betreffen immer auch die politische Bildung, denn die Lehrpläne der Fächer Politik, Politik/Wirtschaft und Sozialwissenschaften enthalten erhebliche Anteile von wirtschaftlichen Themen (Gökbudak/Hedtke 2017). Das nordrhein-westfälische Schulministerium bezieht seit langem alle Schulfächer der politischen Bildung auf die drei sozialwissenschaftlichen Leitdisziplinen Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Soziologie (MSW 2001, S. 7). Neben Wirtschaft und Politik ist deshalb Gesellschaft der dritte Themenbereich, der in den genannten Fächern obligatorisch ist.

Die widersprüchlichen Diagnosen und die kontroversen Diskussionen gaben uns Anlass, die bekannten Behauptungen über Wirtschaft in der Schule empirisch zu prüfen. Werden wirtschaftliche Themen in den Schulen der Sekundarstufe I vernachlässigt? Von welchem Istzustand geht man aus, wenn man fordert, dass das schulische Wirtschaftslernen zeitlich deutlich ausgebaut werden muss? Nimmt ökonomisches Lernen verglichen mit politischem Lernen nur eine Randstellung in den Schulen ein? Wir wollten wissen, wie die Situation der ökonomischen Bildung an nordrhein-westfälischen Schulen wirklich ist und unter welchen Rahmenbedingungen sich Schülerinnen und Schüler dort mit dem Themenbereich Wirtschaft auseinandersetzen (Kap. 2).

Darüber ist bisher nur wenig bekannt, eine Bestandsaufnahme fehlt. Das verbreitete Nichtwissen gibt Raum für öffentliche Spekulation und bildungspolitische Desinformation. Dem wollen wir Fakten entgegenstellen, um Grundlagen für eine sachorientierte und vernünftige Diskussion über die ökonomische und die politische Bildung an Schulen in NRW zur Verfügung zu stellen. Dabei konzentrieren wir uns auf die Sekundarstufe I mit den Klassenstufen 5-10 bzw. 5-9 beim achtjährigen Gymnasium. Was hier auf dem Stundenplan steht, lernen alle Kinder und Jugendlichen, es formt die Allgemeinbildung, über die alle jungen Bürgerinnen und Bürger am Ende ihrer Vollzeitschulpflicht verfügen sollen. Die Ergebnisse finden sich im Überblick in Kapitel 4.

Als Datengrundlage für unsere Erhebung dienen die amtlichen Stundentafeln, die Kernlehrpläne für die einschlägigen Schulfächer sowie ministerielle Erlasse, etwa zum Berufspraktikum (Kap. 3). Unsere Untersuchung berücksichtigt ausschließlich obligatorische Elemente, was Schulen darüber hinaus freiwillig machen, können wir nicht erfassen. Wir messen also Bildungspolitik, genauer die bildungspolitischen Vorgaben, nach denen sich die Schulen und Lehrkräfte zu richten haben. Wir berechnen die Lernzeit, die durch diese Vorgaben verbindlich festgelegt wird, und vergleichen sie für die Themenfelder Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Unsere Forschungsergebnisse präsentieren wir in Kapitel 5.

Wir berücksichtigen aber nicht nur die zeitlichen, sondern auch die personellen Ressourcen, die die Landesregierung für den Fachunterricht zur Verfügung stellt. Dazu analysieren wir die Häufigkeit des fachfremden, also von nicht dafür ausgebildeten Lehrkräften erteilten Unterrichts in Politik bzw. Politik/Wirtschaft und vergleichen sie mit anderen Schulfächern (Kap. 5).

Nicht zuletzt interessiert uns, wie es um das politische Wissen der nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler und um ihre Bereitschaft zu politischem Engagement bestellt ist. Dazu werten wir die Befunde einer internationalen Vergleichsstudie aus, die NRW und 23 weitere Staaten einbezieht, darunter 14 europäische Länder (Kap. 6; Abs/Hahn-Laudenberg 2017). Mit Bezug auf eine deutschlandweite Untersuchung zeigen wir, dass die Versäumnisse an politischer Bildung und Motivation zu demokratischem Engagement in der Jugendphase später im Erwachsenenalter kaum noch wettgemacht werden können (Kroh/Könnecke 2013; Kroh 2017).

2 Fragestellung des Forschungsprojekts

Die vorliegende Studie ist Teil eines mehrjährigen Forschungsvorhabens der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld. Im Projekt „Die sozialwissenschaftliche Domäne in allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I. Analyse im Ländervergleich (SoWiDaS)“ werden seit 2016 Daten zur Struktur der sozialwissenschaftlichen Domäne – also der Schulfächergruppe für die großen Themenbereiche Gesellschaft, Politik, Wirtschaft – für die einzelnen Bundesländer erhoben, analysiert und miteinander verglichen.

Die Teilstudie, die wir im Folgenden vorstellen, vertieft und erweitert die Forschungen, die wir vor einem Jahr unter dem Titel „17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen“ veröffentlicht haben (Gökbudak/Hedtke 2017). Wie damals konzentrieren wir uns auch jetzt auf die Jahrgangsstufen 5 bis 10 bei Gesamtschule und Realschule und 5 bis 9 beim Gymnasium. Stichtag für unsere Erhebungen ist der 1. November 2018.

In der Vorgängerstudie haben wir uns strikt auf Unterricht im engeren Sinne beschränkt und Daten aus den Stundentafeln und Kernlehrplänen erhoben und analysiert. Die neue Teilstudie erweitert den Blick, indem sie auch diejenigen außerunterrichtlichen Lernformate der sozialwissenschaftlichen Domäne berücksichtigt, die die Schulen obligatorisch durchführen müssen. Wir bleiben also beim Prinzip, nur Pflichtelemente zu erfassen, ziehen aber Außerunterrichtliches und Außerschulisches hinzu.

In unserem Projekt haben wir für das Bundesland NRW die folgenden Forschungsfragen empirisch untersucht:

- F1 Wie ist die allgemeine Stellung der ökonomischen Bildung und wirtschaftlicher Themenbereiche an Schulen der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen?
- F2 Wie stark ist der Themenbereich Wirtschaft im schulfachlichen Unterricht und in außerunterrichtlichen Lernformen der sozialwissenschaftlichen Domäne verankert?
- F3 Welchen relativen Rang hat die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Themen im Vergleich zu politischen Themen?
- F4 Welche personellen Ressourcen stehen an den Schulen für den Unterricht in den Fächern Politik und Politik/Wirtschaft zur Verfügung?

Schließlich greifen wir auf empirische Studien anderer Wissenschaftler zurück, um zwei weitere Fragen bei der Diskussion unserer Ergebnisse berücksichtigen zu können:

- F5 Wie hoch sind die durchschnittlichen Leistungen nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler bei politischem Wissen und politischer Partizipationsbereitschaft im internationalen Vergleich?
- F6 Welche Bedeutung hat die Jugendphase für die Entwicklung von politischem Interesse und politischer Partizipationsbereitschaft?

Als empirische Indikatoren zur Beantwortung dieser Fragen verwenden wir zunächst die Verteilung der Gesamtunterrichtsstunden, die das Schulministerium in der Stundentafel für die einzelnen Schulformen der Sekundarstufe I vorgibt (obligatorische Wochenstunden). Wie in der Vorgängerstudie stützen wir uns weiter auf die Zahl und die Beschreibungen der Inhaltsfelder in den Kernlehrplänen für Politik, Politik/Wirtschaft und (Arbeitslehre-)Wirtschaft als zweitem Indikator (obligatorische Lerninhalte). Neu ist der dritte Indikator, den wir nun berücksichtigen: die außerunterrichtlichen oder außerschulischen Lernarrangements der sozialwissenschaftlichen Domäne (Gesellschaft, Politik, Wirtschaft), die vom Schulministerium als verbindlich vorgeschrieben und von den Schulen zu veranlassen, organisieren oder durchzuführen sind (obligatorische Veranstaltungen).

Zu den Fragen 1-4 haben wir vier empirisch zu prüfende Hypothesen entwickelt. Sie stellen den Diskurs in der fachdidaktischen wissenschaftlichen Literatur in Rechnung. Sie berücksichtigen aber auch die einschlägigen bildungspolitischen Debatten und die bekannten schulfachpolitischen Forderungen für die Sekundarstufe I. Das gilt insbesondere für die wissenschaftliche und politische Kontroverse um die Beibehaltung der integrierten Fächer Politik/Wirtschaft und Sozialwissenschaften (Gesellschaft, Politik, Wirtschaft) einerseits, die Einführung eines Separatfachs Wirtschaft andererseits.

Die vier Hypothesen, die unsere empirische Untersuchung prüft, lauten:

- H1 Der Themenbereich Wirtschaft findet in den Bildungsgängen der Sekundarstufe I in NRW generell eine geringe Anerkennung.
- H2 Innerhalb des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs an den Schulen in NRW stößt der Themenbereich Wirtschaft generell auf geringe Resonanz.
- H3 Im sozialwissenschaftlichen Lernbereich an den Schulen in NRW erfährt der Themenbereich Wirtschaft im Vergleich zum Themenbereich Politik deutlich weniger Beachtung.
- H4 Der Themenbereich Gesellschaft hat im sozialwissenschaftlichen Lernbereich in NRW ein größeres Gewicht als der Themenbereich Wirtschaft.

Die Operationalisierung der Hypothesen mit Hilfe von quantitativen empirischen Indikatoren und die Methodik erläutern wir in Abschnitt 3.3.

Wir begründen die Hypothesen vor allem mit Blick auf die bildungspolitischen Prioritäten der CDU-FDP-Regierung, die seit Juni 2017 im Amt ist. Sie hat zwei Wochen nach der Landtagswahl abweichend von den Aussagen in den Wahlprogrammen der beiden Regierungsparteien angekündigt, dass sie ein separates Schulfach Wirtschaft einführen und ganz allgemein die ökonomische Bildung in der Schule ausbauen wolle (Kölner Stadt-Anzeiger, 31.5.2017). Dieses Ziel fand Eingang in den Koalitionsvertrag (CDU/FDP 2017, S. 11). Inzwischen hat die Bildungsministerin Gebauer mitgeteilt, das „Fach ‚Wirtschaft‘ wird vom Schuljahr 2020/21 an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen Pflichtfach werden“, weil sie „die ökonomische Bildung an allen Schulen gezielt stärken“ wolle (MSB 2018a).

Diese Maßnahmen basieren offensichtlich auf der verbreiteten Annahme, wirtschaftliche Themen würden in den Schulen vernachlässigt. Die Entscheidungen sind noch nicht umgesetzt und damit in unserem Untersuchungsfeld noch nicht wirksam geworden. Die empirische Datenbasis unserer Studie bleibt also von den Entscheidungen dieser Regierung noch unberührt.

Mit Hilfe der Indikatoren können wir die Relevanz, die Parlament und Regierung der ökonomischen Bildung in der sozialwissenschaftlichen Domäne (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft) zuschreiben, quantifizieren und analysieren. Unsere Untersuchung prüft zugleich empirisch, wie die schulfachpolitischen Positionen und Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers in dieser Domäne tatsächlich umgesetzt wurden.

Wie bei unserer Studie vor einem Jahr, haben uns auch die neuen empirischen Ergebnisse überrascht. Das betrifft vor allem die bemerkenswerten Befunde zum außerunterrichtlichen und außerschulischen Lernen. Es gilt aber auch für die Widerlegung von weit verbreiteten bildungspolitischen Annahmen, die einen klaren Kurswechsel in der sozialwissenschaftlichen Domäne der Schulen nahelegen. Zunächst aber informieren wir kurz über die Datenbasis für unser Forschungsprojekt.

3 Daten und Methode

Das mehrgliedrige Schulsystem im Sekundarbereich I in Nordrhein-Westfalen besteht aus Hauptschule, Realschule, Sekundarschule, Gesamtschule und Gymnasium (§ 10 (3) Schulgesetz NRW). Gegenstand der vorliegenden Teilstudie waren die drei zentralen Schulformen Realschule, Gesamtschule und Gymnasium. Damit wird die Situation für 80 % der Lernenden in der Sekundarstufe I erfasst (MSW 2017a, S. 23). Grundlage der Analyse bilden ausschließlich rechtsverbindliche Landesgesetze, Richtlinien, Rahmenvorgaben und Verwaltungsvorschriften, die den formalen Rahmen über die Struktur und Inhalte des Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen vorgeben. Als Basis für die Berechnungen wurden die Stundentafeln, die Kernlehrpläne sowie einschlägige Vorgaben genutzt (weitere Informationen zur Datenbasis siehe Anhang).

In die hier präsentierte Analyse konnte nur das eingehen, was vom Gesetzgeber und vom Ministerium den Schulen und ihren Lehrkräften obligatorisch vorgegeben wird. Das ist vor allem der Pflichtunterricht in den Schulfächern des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs, dessen Umfang durch die Stundentafeln festgelegt und dessen inhaltliche Grundstruktur durch die Kernlehrpläne beschrieben wird. Ergänzend zu den durch die Stundentafeln vorgegebenen Fachunterrichtsstunden existieren in NRW sogenannte außerunterrichtliche Veranstaltungen, deren Teilnahme für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich ist (§ 43 (1) Schulgesetz NRW). Wir erfassen in unserer Erhebung der

Lernzeitverteilung in der sozialwissenschaftlichen Domäne erstmals nicht nur die verbindlichen Vorgaben in Stundentafeln und Lehrplänen, sondern auch die außerunterrichtlichen Pflichtveranstaltungen. Beim außerschulischen Lernen hat die ökonomische Bildung ein Alleinstellungsmerkmal. Im Rahmen der zum Schuljahr 2012/13 gestarteten Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAOA)“ sind die Schulen in NRW verpflichtet, vier außerschulische Maßnahmen zum ökonomischen Lernen durchzuführen: das Betriebspraktikum, die Berufsfelderkundung, die Potenzialanalyse sowie die Berufsorientierung bei der Bundesagentur für Arbeit. Dafür stehen mindestens dreieinhalb Schulwochen zur Verfügung (MAIS 2012; MSW 2013). Dagegen gibt es für die politische, die gesellschaftliche oder die historische Bildung keine obligatorischen Lernformen außerhalb des Unterrichts.

Für die Berechnung unserer Daten haben wir die vier obligatorischen außerunterrichtlichen Maßnahmen (das Betriebspraktikum, die Berufsfelderkundung, die Potenzialanalyse sowie die Berufsorientierung bei der Bundesagentur für Arbeit) dem Bereich des wirtschaftlichen Lernens zugeordnet. Zum einen und vor allem stehen hier wirtschaftliche Inhalte und Themen im Zentrum, etwa Berufs- und Tätigkeitsfelder, Branchen und regionale Wirtschaftsstruktur, Industrie, Handwerk, Handel und Verwaltung, Arbeits- und Ausbildungsmärkte und deren zukünftige Entwicklung, Qualifikationsanforderungen und am Markt nachgefragte Kompetenzen, Humankapitalentwicklung und individuelle Wettbewerbsfähigkeit (*employability*), Berufswahl und Berufseignungstests, Unternehmen und Unternehmertum (*entrepreneurship*), Management, Technologie und Produktion, Organisation und Arbeitsteilung. Zum anderen und nicht zuletzt werden diese Lernorte und die dort stattfindenden Lernprozesse ganz überwiegend von „der Wirtschaft“ und fast ohne Einfluss der Schulen und der Lehrkräfte beherrscht und gestaltet. Bei Betriebspraktikum und Berufsfeldorientierung, auf die der bei weitem größte Lernzeitanteil entfällt, handelt es sich um Unternehmen und Betriebe, bei der Potenzialanalyse um privatwirtschaftliche Anbieter, die durch Vermittlung der Landes-Gewerbeförderungsstelle der Handwerkskammern ihre Finanzmittel erhalten (LGH 2018). So führt beispielsweise in Münster die Handwerkskammer im Auftrag der LGH die Potenzialanalysen für alle Schülerinnen und Schüler der achten Klasse in allen Schulformen durch (WN 13.12.216).

Im Grunde genommen stellt damit der Staat, hier die nordrhein-westfälische Landesregierung, der Privatwirtschaft einen nicht unerheblichen Anteil der durch die Schulpflicht bestimmten Lernzeit zur freien Verfügung. Die Schülerinnen und Schüler werden so in einer mehrwöchigen Phase unter das Direktionsrecht von Unternehmens- und Betriebsleitungen gestellt.

Eine koordinierte, inhaltliche Abstimmung zwischen diesen vier außerschulischen Pflichtveranstaltungen, eine Qualitätskontrolle der Anbieter und betrieblichen Akteure, der Lernorte und der Lernprozesse sowie eine Evaluation des Zusammenspiels der Maßnahmen und der Lernergebnisse finden kaum statt. Vor allem die Implementierung der einzelnen Standardelemente von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wird statistisch erfasst, hinzu kommen Befragungen der Akteure (IAQ et al. 2016, MAGS 2018). Das ist ein erstaunlicher Befund, insbesondere dann, wenn man berücksichtigt, dass aus öffentlichen Mitteln erhebliche personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen in diese Maßnahmen fließen und dass eine Vielzahl weiterer, freiwilliger, aber von der Landesregierung anerkannter Veranstaltungen in diesem Bereich hinzukommen, etwa Girls' Day und Boys' Day, Portfolio, Berufswahlpass, Komm auf Tour (MSB 2018b, Landesregierung 2018). Wirtschaftsverbände, Wirtschaftskammern und einzelne Unternehmen bieten den Schulen viele weitere Aktivitäten an, z. B. Berufsmessen und Lehrstellenbörsen, Bewerbungstrainings, Vorstellung von Ausbildungsberufen durch Auszubildende, Unterrichtsprojekte, Unterrichtsbesuche durch Verbandsfunktionäre oder Mitarbeiter von Unternehmen oder Schüler im Chefessel.

Weitere fakultative Angebote, über die die einzelnen Schulen oder Lernenden frei entscheiden können, etwa im Rahmen von Wahlpflichtunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Projekten etc., müssen aus Gründen der Vergleichbarkeit unberücksichtigt bleiben. Der Erhebungsaufwand dafür wäre im Übrigen sehr hoch.

Mit unseren Daten liegt der Fokus auf der bildungspolitisch-administrativen Steuerungsebene des Schulsystems. Unser Material und unsere Analysemethoden erlauben Aussagen darüber, welche Gewichtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das Ministerium für Schule und Weiterbildung den Schulen vorgegeben hat.

Zwar erlässt das Ministerium die Lehrpläne für die Schulfächer und verfügt damit über ein mehr oder weniger starkes inhaltliches Steuerungsinstrument (§ 29 (1) Schulgesetz NRW), aber den hier ebenfalls relevanten schulgesetzlichen Vorgaben für die Stundentafeln, Unterrichtsfächer und Lernbereiche muss der Schulausschuss des Landtags zustimmen (§ 52 (1) 2., 5. Schulgesetz NRW). Besonders in den Stundentafeln, die die Verteilung der Lernzeit vorgeben, manifestiert sich deshalb der bildungspolitische Wille der Parlamentsmehrheit.

Zusammengenommen zeigen diese Vorgaben die Inhaltsstruktur der bildungspolitischen Regulation der verpflichtend zu unterrichtenden Fächer, Inhaltsfelder, inhaltlichen Schwerpunkte und der obligatorisch zu erwerbenden Kompetenzen. Bezieht man zusätzlich auch den vorgeschriebenen Minimalumfang der außerunterrichtlichen Veranstaltungen mit ein, kann man die obligatorisch dafür aufzuwendende Lernzeit erfassen.

Am relativen Rang der sozialwissenschaftlichen Bildung und ihrer drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft, Wirtschaft kann man den Bildungswert ablesen, der ihr zugestanden wird. Er manifestiert sich darin, wie viel oder wie wenig von der begrenzten Schulzeit ihr zugestanden wird. Der Rangplatz des Themenbereichs Politik kann als Symbol dafür gelten, wie viel die Demokratie sich selbst wert ist. Auf jeden Fall lassen sich so die realen Resultate der Landespolitik für sozialwissenschaftliche Bildung und ihre Themenbereiche an Schulen messen und quantitativ vergleichen. Das gilt auch im Ländervergleich; unsere Untersuchungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.

Die Analyse konzentriert sich also auf die curriculare Regulierungsebene und dort ausschließlich auf den obligatorischen Teil. Sofern die Schulbücher ministeriell zu genehmigen sind – das ist in NRW der Fall –, kann man vorläufig unterstellen, dass sie in der Gewichtung in etwa den curricularen Vorgaben entsprechen.

Es liegt auf der Hand, dass wir mittels unserer Methode keine Aussagen darüber machen können, ob sich an den einzelnen Schulen die Fachkonferenzen bei der Erstellung der schulinternen Lehrpläne oder die Lehrkräfte in ihrem Unterricht daran halten oder nicht. Es kann sein, dass sie das tun oder dass sie von den Vorgaben nach oben oder nach unten abweichen. Daten über die beiden Ebenen Schule und Unterricht liegen nach unserem Wissensstand nicht vor. Sie sind aus mehreren Gründen auch nur schwierig zu erheben. Auch darüber kann man also keine belastbaren Aussagen machen.

Da im Übrigen in unserem Gegenstandsbereich, der sozialwissenschaftlichen Domäne in der Sekundarstufe I, keine zentralen Prüfungen zu absolvieren sind, kann man auch nicht damit rechnen, dass sich über die notwendige Vorbereitung der Lernenden auf diese Prüfungen die curricularen Vorgaben stärker in der Praxis durchsetzen.

3.1 Unterricht laut Stundentafel und Kernlehrplänen

Gemäß den schulformspezifischen Stundentafeln wird die Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen in zwei Phasen unterteilt. Klasse 5 und 6 bilden Phase I und die Klassen 7 bis 10 bzw. Klasse 7 bis 9 an Gymnasien bilden die Phase II in der Sekundarstufe I. Die hier präsentierten Forschungsergebnisse beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf beide Phasen, also auf die gesamte Sekundarstufe I.

Die Stundentafeln machen Angaben zu den jeweils für einen Lernbereich mit mehreren Schulfächern bzw. für ein einzelnes Fach verbindlich zu erteilenden Wochen(unterrichts)stunden innerhalb der zwei Phasen. Während das Volumen vorgegeben ist, legen die Schulen die endgültige Verteilung der Unterrichtsstunden auf die einzelnen Jahrgänge eigenständig fest.

Das Fach Politik an Realschule und Gesamtschule und das Fach Politik/Wirtschaft am Gymnasium bestehen laut den curricularen Vorgaben in Nordrhein-Westfalen aus den drei Themenbereichen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie werden auch als die drei Subdomänen der sozialwissenschaftlichen Domäne der schulischen Bildung bezeichnet. Das bedeutet, dass die Fächernamen Politik und Politik/Wirtschaft für Öffentlichkeit, Bildungspolitik sowie Eltern und Lernende irreführend sind. Denn die Fächerbezeichnungen verdecken die tatsächliche Inhaltsstruktur der beiden Fächer, so wie sie die Curricula verbindlich vorgeben. Für die Lehrkräfte und für die Wissenschaft sind die unpassenden Schulfachnamen kein Problem, denn ihr vorherrschendes Verständnis von politischer Bildung umfasst seit Jahrzehnten die Subdomänen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Lehrkräfte werden auch für diese drei Themenbereiche ausgebildet.

Die Schulfachbezeichnungen bleiben also inhaltlich unscharf und führen teilweise in die Irre. Deshalb muss man sorgfältig analysieren, welche inhaltlichen Schwerpunkte sich tatsächlich hinter einem Fächernamen verbergen. Will man wissen, wie viel Wirtschaft und Politik tatsächlich auf dem Stundenplan steht, muss man hinter die Fächer schauen und deren Kernlehrpläne inhaltlich analysieren.

Denn die fachinhaltlichen Vorgaben werden in den einzelnen Kernlehrplänen spezifiziert. Sie weisen Inhaltsfelder inklusive inhaltlicher Schwerpunkte aus und kombinieren sie mit Kompetenzbereichen und Kompetenzen. Typische Beispiele für curricular definierte Inhaltsfelder für die Sekundarstufe I in NRW sind „Sicherung und Weiterentwicklung der Demo-

kratie“, „Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftsgeschehens“ oder „Identität und Lebensgestaltung im Wandel der modernen und globalisierten Gesellschaft“.

Um die inhaltliche Struktur der Kernlehrpläne zu ermitteln, wurden die von ihnen aufgeführten einzelnen Inhaltsfelder anhand der dort genannten inhaltlichen Schwerpunkte und Kompetenzen der sozialwissenschaftlichen Bildung den drei Themenbereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zugeordnet.

3.2 Weitere Lernformen

In der Sekundarstufe I in NRW stehen neben dem Fachunterricht eine Reihe weiterer Lernformen. Wir können in unserem Forschungsprojekt nur die verpflichtend vorgegebenen Formen berücksichtigen. Eine solche Verpflichtung der Schulen gibt es in der sozialwissenschaftlichen Domäne der Sekundarstufe I nur im Teilbereich Wirtschaft in Form des für alle Schülerinnen und Schüler an einer Schulform obligatorischen Berufs- und Studienorientierungsmaßnahmen. Diese bestehen in der Sekundarstufe I aus vier obligatorischen berufsorientierenden Elementen. Der erste Baustein besteht aus berufsorientierenden Angeboten der Berufsberatung der Agentur für Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler werden in einer mindestens zweistündigen Veranstaltung in den Berufsinformationszentren der Agentur für Arbeit über die Berufswahlvorbereitung informiert (MAIS 2012, S. 19). Dies entspricht inklusive der An- und Abreise einem Gesamtumfang von einem halben Schultag.

Die Durchführung einer Potenzialanalyse ist ein weiterer obligatorischer Baustein der berufsorientierenden Maßnahmen. Mit Hilfe von Aufgaben und Testverfahren sollen die einzelnen Potenziale der Schülerinnen und Schüler durch externe, außerschulische Kooperationspartner ermittelt und reflektiert werden. Die Potenzialanalyse findet jeweils „eintägig“ statt und muss in den Schulen vor- und nachbereitet werden (ebd., S. 29). Damit ergibt sich ein Gesamtumfang von mindestens eineinhalb Schultagen.

Der nächste Baustein besteht aus Berufsfelderkundungen, die ebenfalls ab der Jahrgangsstufe 8 verpflichtend sind. So müssen alle Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in NRW an mindestens drei Schultagen in verschiedenen Berufsfeldern Praxiserfahrungen sammeln (ebd., S.30). Die Berufsfelderkundungen bestehen in der Regel aus Tagespraktika, schließen aber auch sonstige Veranstaltungen wie Girls' Day und Boys' Day, Ausbildungsbörsen, Betriebserkundungen etc. mit ein. Für die vorliegende Studie haben wir auch hier nur den Mindestumfang von drei Schultagen berücksichtigt.

Der letzte, aber zugleich zentrale Baustein der Berufsorientierung besteht aus den Betriebspraktika in der Sekundarstufe I (ebd., S.31f.). Über die Durchführung und die Verteilung des Praktikums bzw. der Praktika entscheidet die jeweilige Schulkonferenz als oberstes Mitwirkungsorgan der Schulen allein (MSW 2013, Nr. 6.1). Gemäß dem Runderlass „Berufs- und Studienorientierung“ muss das Betriebspraktikum zwei bis drei Wochen umfassen. Die Schulkonferenz kann ein zweites Praktikum im Umfang von bis zu weiteren drei Wochen festlegen (ebd.). Addiert man diese dazu, sind in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich Betriebspraktika an 30 Schultagen möglich. Am Gymnasium ist das Betriebspraktikum in der Sekundarstufe I fakultativ, bis Ende der Sekundarstufe II muss jedoch mindestens ein Betriebspraktikum durchgeführt werden. „In der Regel wird ein Schülerbetriebspraktikum 2- bis 3-wöchig in der Sek I in der Jahrgangsstufe 9 oder 10 verbindlich durchgeführt“ (MSW 2018). Damit folgen wir in unserer Studie und den weiteren Berechnungen der außerunterrichtlichen Lernzeiten der Aussage des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen und kalkulieren rechnerisch für alle drei berücksichtigten Schulformen ein Mindestpraktikum von zwei Schulwochen ein.

Zusätzlich zu den oben genannten obligatorischen Elementen können an Realschulen, Gesamtschulen und am Gymnasium weitere berufsorientierende Maßnahmen wie z. B. Langzeitpraktika (APO SI NRW 2017, § 4 Abs.2; MSW 2013, Nr. 6.1) usw. durchgeführt werden. Wir berücksichtigen jedoch ausschließlich die obligatorischen außerunterrichtlichen Maßnahmen und führen damit beim Zeitvolumen eine eher konservative Berechnung durch. Mit Blick auf den schulischen Alltag muss man jedoch davon ausgehen, dass Zahl und Zeitumfang der realisierten berufsorientierenden Maßnahmen erheblich umfangreicher sind als die Werte, die in unsere Datenbasis eingehen.

Auffällig ist, dass für die Themenbereiche Politik und Gesellschaft keine vergleichbaren verbindlichen Lernformate existieren. Gleiches gilt überraschenderweise auch für die historische Bildung. Die einschlägigen Rechtsvorschriften enthalten in den Themenbereichen Politik und Gesellschaft eine einzige, *fakultative* außerunterrichtliche Lernform: zum 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, können die Schulen außerunterrichtliche Veranstaltungen durchführen (MSW 1996).

3.3 Zur Methodik

Die Datenbasis unseres Forschungsprojekts umfasst zunächst Daten aus der Stundentafel und den Kernlehrplänen für Gesamtschule, Gymnasium und Realschule. Das sind in der Stundentafel die *Wochenstunden*, deren Verteilung auf die Jahrgangsstufen und die Gesamtstundenanzahl für die Klassen 5 bis 9 bzw. 5 bis 10. Bei den Kernlehrplänen für die drei Fächer Politik (Gesamtschule, Realschule) und Politik/Wirtschaft (Gymnasium) geht es vor allem um die dort benannten, beschriebenen und mit Kompetenzen versehenen obligatorischen sieben bis neun *Inhaltsfelder* für den Unterricht in der Sekundarstufe I. Wir übernehmen die Bezeichnung Inhaltsfeld für unsere Analyse. Dieser Datenteil ist gegenüber unserer Studie aus dem Jahr 2017 unverändert (Gökbudak/Hedtke 2017, S. 5).

Die curricularen Inhaltsfelder der drei hier berücksichtigten Fächer bestehen ganz oder zum Teil aus Inhalten und Kompetenzen, die meist zu einem der drei *Themenbereiche* Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft gehören. Natürlich kommt es auch vor, dass man ein Inhaltsfeld nicht ausschließlich einem Themenbereich zuordnen kann.

Deshalb verwenden wir eine Gewichtungsmethode, die wir in unserer Studie „17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit“ entwickelt und erstmals für Nordrhein-Westfalen realisiert haben. Diese Methode kann man in allen anderen Bundesländern anwenden. Mit ihr können wir das relative Gewicht der drei Themenbereiche sozialwissenschaftlicher Bildung an den Schulformen Gesamtschule, Realschule und Gymnasium berechnen und vergleichen. Sie beginnt auf der obersten Ebene der Stundentafeln mit den Schulfächern, desaggregiert die Analyse dann bis hinunter zur Ebene der einzelnen Inhaltsfelder in den Kernlehrplänen, um dann diese Mikrobefunde auf der mittleren Ebene der sozialwissenschaftlichen Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu reaggrieren und so ein quantitatives Gesamtbild zu gewinnen (Makro-Mikro-Meso-Analyse).

In einem ersten Schritt wurden die Wochen(unterrichts)stunden (S) in den ministeriell vorgegebenen Stundentafeln für die Schulfächer Politik (Realschule, Gesamtschule) und Politik/Wirtschaft (Gymnasium) für die Jahrgänge 5 bis 10 bzw. 5 bis 9 an Gymnasien analysiert (Strukturanalyse). Aus den Wochenstunden bilden wir Anteile für Fächer und Themenbereiche (Q_S). Wir rechnen die Wochenstunden der Stundentafeln auf der Basis eines Normschuljahrs mit 40 Unterrichtswochen in Unterrichtsstunden à 45 Minuten um und erhalten so das Unterrichtszeitvolumen (V_U). Damit können wir grundsätzlich auch die Lernzeit für bestimmte Inhaltsbereiche erfassen, die nicht unmittelbar durch die Stundentafeln definiert wird, und so ein realistisches Lagebild gewinnen. Solange nicht anders vermerkt, erfolgen die Angaben in Unterrichtsstunden.

Im zweiten Schritt wurden die Kernlehrpläne analysiert. Wir haben ihre Inhaltsfelder und inhaltlichen Schwerpunkte einem der sozialwissenschaftlichen Themenbereiche Politik, Wirtschaft, Gesellschaft zugeordnet (Inhaltsfeldanalyse für P, W, G). Berücksichtigt wurden nur die für die Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I *obligatorischen* Inhaltsfelder der Kernlehrpläne. Inhaltsfelder, die nicht eindeutig zuzuordnen waren, wurden anteilig angerechnet. So konnte der durchschnittliche Anteil jedes Themenbereichs an den Gesamtunterrichtsstunden des Faches ermittelt werden (Unterrichtszeitquoten, Q_{UP} , Q_{UG} und Q_{UW}).

Fasst man die unterrichtsförmige Lernzeit (Unterrichtszeitvolumen in Schulstunden, V_U) und die obligatorische außerunterrichtliche Lernzeit (V_{ex}) zusammen, erhält man das Gesamtlernzeitvolumen ($V_G = V_U + V_{ex}$). Ein Ergebnis können wir hier vorwegnehmen: In der Sekundarstufe I in NRW sind für die Themenbereiche Politik und Gesellschaft der sozialwissenschaftlichen Bildung die Gesamtlernzeitvolumina V_{GP} und V_{GG} und die Unterrichtszeitvolumina V_{UP} und V_{UG} identisch, da es dort keine verbindlichen außerunterrichtlichen Veranstaltungen gibt ($V_{ex} = 0$ und deshalb $V_{GP} = V_{UP}$ sowie $V_{GG} = V_{UG}$).

Wie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben, stellt sich die Situation für den Themenbereich Wirtschaft anders dar. Beim ökonomischen Lernen existieren vier zusätzliche, obligatorische *außerunterrichtliche* und *außerschulische* Elemente. Anders als in der Vorgängerstudie von 2017 nehmen wir diese verpflichtenden Lernarrangements in der aktuellen Untersuchung in unsere Datenbasis auf. Für den Bereich Wirtschaft gilt also $V_{GW} = V_{UW} + V_{exW}$ mit $V_{exW} > 0$.

Für die Überprüfung der Hypothesen beziehen wir uns auf die folgenden empirischen Indikatoren:

Die Hypothese 1 überprüfen wir mit Hilfe von Stundentafelquoten, d. h. auf der Basis der in den Stundentafeln definierten Wochenstunden. Die Hypothesen 2, 3 und 4 untersuchen wir mit Hilfe von Unterrichtszeitquoten auf der Basis von regulär zu erteilenden Unterrichtsstunden. Neben der Stundentafelquote bzw. den Unterrichtszeitquoten erfassen wir bei allen vier Hypothesen zusätzlich die Unterrichtszeitäquivalente der obligatorischen außerunterrichtlichen Lernarrangements.

Indikatoren für Hypothese 1

Als Indiz für die Bedeutung von Wirtschaft im *gesamten* Bildungsgang einer Schulform laut Hypothese 1 erheben wir zunächst die Gesamtstundentafelquote $Q_{SPF_{\text{Fach}}}$ des dafür zuständigen Schulfaches, also von „Politik“ an Gesamtschulen und Realschulen bzw. „Politik/Wirtschaft“ an Gymnasien und „(Arbeitslehre-)Wirtschaft“ an Gesamtschulen. Dann differenzieren wir innerhalb des jeweiligen Faches nach den obligatorischen Themenbereichen des Kernlehrplans, die er in Form von Inhaltsfeldern vorgibt. Wir ermitteln die Stundentafelquote für Wirtschaft (Q_{SW}) als den Anteil der durchschnittlichen Wochenstunden für den Themenbereich Wirtschaft (SW_W) an allen Wochenstunden der Sekundarstufe I (S_G) für die Jahrgangsstufen 5-10 (S_{W10}) bzw. beim achtjährigen Gymnasium 5-9 (S_{W9}) in Prozent.

[a] Den Indikator für die Diagnose „generell geringe Anerkennung“ in H1 definieren wir als eine Q_{SW} , die deutlich unter dem Durchschnitt anderer Themenbereiche der sozialwissenschaftlichen Domäne liegt. In diesem Sinne bestimmen wir „geringe“ Anerkennung genauer als eine Stundentafelquote für den Themenbereich Wirtschaft (Gesamtlernzeit im Unterricht laut Lehrplan und in außerunterrichtlichen Lernformen laut Erlassen), die um mindestens 20 Prozent unterhalb der durchschnittlichen prozentualen Stundentafelquote für einen der drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft im Fach Politik bzw. Politik/Wirtschaft liegt ($Q_{SP\overline{Tb}}$ berechnet als $Q_{SPF_{\text{Fach}}} \div 3$). Der Schwellenwert für eine Bestätigung von H1 liegt dann bei $Q_{SW} \leq 27 \%$.

[b] Wegen des Ungleichgewichts zwischen einigen, gemessen an Wochenstunden „großen“ und vielen „kleinen“ Fächern ermitteln wir zusätzlich auch einen bereinigten Wert der durchschnittlichen Stundentafelquote pro Fach ($Q_{S\overline{x}}$). Dieser lässt die „großen“ Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch und Sport sowie den für unsere Zwecke nicht hinreichend definierten Wahlpflichtbereich unberücksichtigt. Darauf bezogen erhalten wir dann die Wochenstundenquote für Politik bezogen auf die Gruppe der kleinen Fächer ($Q_{SP\text{partial}}$; siehe Anhang, Tab. 7).

Indikatoren für Hypothesen 2 und 3

[c] Als Indikator für die Hypothesen H2 und H3, die sich auf den sozialwissenschaftlichen Lernbereich beziehen, nutzen wir zum einen die schulfachbezogenen Unterrichtszeitquoten (Q_U) für die drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in den Fächern „Politik“ bzw. „Politik/Wirtschaft“ (Q_{UP} , Q_{UG} und Q_{UW}). Unterrichtszeitquoten erfassen den durchschnittlichen Anteil der obligatorischen Inhaltsfelder der Kernlehrpläne zu den Themenbereichen Politik (Q_{UP}), Gesellschaft (Q_{UG}) und Wirtschaft (Q_{UW}) an den gesamten Unterrichtsstunden à 45 Minuten (Unterrichtsvolumen V_U) des jeweiligen Faches in Prozent.

Zum anderen berücksichtigen wir – wie oben erläutert – die außerunterrichtliche Lernzeit für Wirtschaftsthemen (V_{exW}). Die Gesamtlernzeit für Wirtschaft ergibt sich dann als $V_{GW} = V_{UW} + V_{exW}$. Weil aber der Lernzeittyp V_{ex} nur für Wirtschaft existiert, berechnet sich die Gesamtlernzeit für den sozialwissenschaftlichen Lernbereich in der Sekundarstufe I nach der Gleichung $V_G = V_{UP} + V_{UG} + V_{UW} + V_{exW}$. Bezogen auf diese Gesamtlernzeit kann man dann die Lernzeitquoten für die Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ermitteln (Q_{GP} , Q_{GG} , Q_{GW}).

[d] Den Lernzeitwert für V_{exW} erfassen wir ganz überwiegend anhand der Schulwochen oder Schultage, die dafür von Seiten des Ministeriums vorgegeben werden. Wir rechnen Wochen in Tage und Tage in Unterrichtsstunden um. Für Maßnahmen ohne Zeitvorgaben greifen wir die Erfahrungswerte der Schulpraxis auf und setzen jeweils die Untergrenze des ermittelten Zeitvolumens an. Die Stundentafeln der Realschule und der Gesamtschule legen für die Sekundarstufe I eine Gesamtwochenstundenzahl von jeweils 188 Unterrichtsstunden fest. Am Gymnasium sind 158 bis 163 Unterrichtsstunden für die Sekundarstufe I vorgegeben (APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4). Zur Festlegung der durchschnittlichen Wochenstundenzahl haben wir die Gesamtwochenstundenzahl der drei Schulformen durch die Anzahl der Jahrgänge dividiert. Für das Gymnasium haben wir eine Gesamtwochenstundenzahl von 160 als Mittelwert definiert. Auf dieser Basis errechnen wir Unterrichtsstundenäquivalente (durchschnittliche Unterrichtsstunden à 45 Minuten).

[e] Eine „generell geringe Resonanz“ für Wirtschaftsthemen bestimmen wir als eine Gesamtlernzeitquote für Wirtschaft mit $Q_{GW} \leq 27 \%$. Wir erwarten also mit der Hypothese 2, dass die wirtschaftlichen Themenbereiche nur gut ein Viertel der Unterrichtszeit des gesamten sozialwissenschaftlichen Lernbereichs ausmachen. Die Schwelle für die Bestätigung von H2 setzen wir damit analog zum Indikator für H1 (s. o. unter [a]). Diese Annahme begründet sich aus der bildungspolitischen Signalwirkung, die die nordrhein-westfälische CDU-FDP-

Landesregierung mit der Einführung eines Schulfachs Wirtschaft und dem Ausbau der ökonomischen Bildung erzeugt hat (vgl. Kap. 2).

[f] „Deutlich weniger Beachtung“ in H3 definieren wir zurückhaltend als eine Gesamtlernzeitquote für Wirtschaft, die um mindestens 20 Prozent unterhalb der Gesamtlernzeitquote für Politik liegt ($Q_{GW} \leq Q_{GP} \cdot 0,8$). Damit orientieren wir uns erneut am Schwellenwert für H1 (s. o.).

Indikatoren für Hypothese 4

[g] „Größeres Gewicht“ in H4 definieren wir ebenfalls mittels der Gesamtlernzeitquoten. Wir sehen die Hypothese als bestätigt, wenn $Q_{GG} \geq 40\%$, begründet als Abstandswert von mindestens rund zwei Zehnteln über dem Gleichverteilungswert für die drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft $Q_{SP\overline{b}}$ von 33,3 Prozent.

Mit der Bestimmung dieser Indikatoren können wir erstmals ein vollständiges und empirisch fundiertes Bild der bildungs- und schulfachpolitischen Vorgaben des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers zur obligatorischen sozialwissenschaftlichen Bildung innerhalb und außerhalb der Schule präsentieren. Wir können erstmals empirisch belegen, welche Schulfachpolitik das zuständige Ministerium – zuletzt als Ministerium für Schule und Weiterbildung und jetzt als Ministerium für Schule und Bildung firmierend – in der sozialwissenschaftlichen Domäne formell realisiert hat.

Damit können wir auch mit Hilfe der Indikatoren die Relevanz messen, die die Regierung der ökonomischen und der politischen sowie im weiteren Sinne der sozialwissenschaftlichen Bildung und ihren drei Themenbereichen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft *tatsächlich* zuschreibt.

Vor allem aber legen wir mit unserer Studie erstmals belastbare quantitative Daten über Ausmaß und Gewicht der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen vor. Nach mehrjährigen bildungspolitischen Debatten über Sinn und Unsinn eines separaten Schulfachs Wirtschaft können diese erstmals auf ein empirisch fundiertes Bild der Schulrealität bezogen werden. Damit ist die Grundlage für eine *evidenzbasierte* Bildungspolitik für den sozialwissenschaftlichen Lernbereich und für die ökonomische Bildung gelegt. Man wird sehen, ob die Landesregierung diese Faktenlage zur Kenntnis nimmt und auch dann bei ihren Entscheidungen berücksichtigt, wenn sie nicht zu ihren bildungspolitischen Vorstellungen und zu politischen Ansprüchen ihrer Klientel passt.

4 Forschungsergebnisse

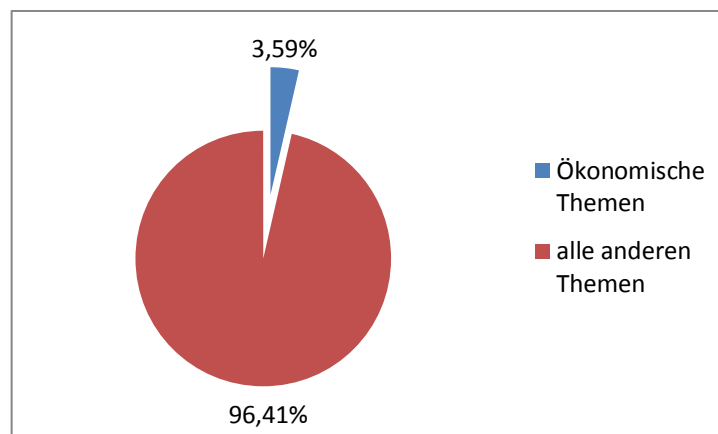
Im Folgenden präsentieren wir die Ergebnisse der empirischen Überprüfung unserer Hypothesen anhand der Daten in den Stundentafeln, Kernlehrplänen und Vorgaben für die verpflichtende Berufsorientierung.

Wirtschaft im Bildungsgang (Hypothese 1)

Der Themenbereich Wirtschaft findet in den Bildungsgängen der Sekundarstufe I in NRW generell eine geringe Anerkennung. (H1)

An allen drei berücksichtigten Schulformen der Sekundarstufe I (Realschule, Gesamtschule, Gymnasium) wird die Hypothese 1 durch die Ergebnisse der empirischen Analyse widerlegt. Anders als angenommen, genießt der Themenbereich Wirtschaft einen großen Stellenwert an den allgemeinbildenden Schulen in NRW (vgl. Abb. 1 und Tab. 1). Dies liegt erstens an den überproportional hohen Anteilen an primär ökonomischen Inhaltsfeldern in den jeweiligen Lehrplänen. Zweitens führen die obligatorischen Berufsorientierungsmaßnahmen (Berufsfelderkundungen, Betriebspraktika etc.) zu einem vergleichsweise starken Überhang gegenüber den anderen beiden sozialwissenschaftlichen Themenbereichen Politik und Gesellschaft.

Damit übertrifft der Themenbereich Wirtschaft an Gesamtschulen sogar deutlich die Stundentafelquote des gesamten Schulfaches Politik. Während dem Schulfach Politik an der Gesamtschule eine Stundentafelquote von 3,2 Prozent zu steht, weist der Themenbereich Wirtschaft allein einen Anteil von 4,46 Prozent auf (vgl. Tab. 1). An Realschulen und Gymnasien erreicht die ökonomische Bildung diese Werte nicht, dennoch liegen sie vergleichsweise nahe bei denen des Schulfaches Politik bzw. Politik/Wirtschaft.

Abb. 1**Der Stellenwert der ökonomischen Bildung im Gesamtunterricht der Sekundarstufe I in NRW**

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

Der Themenbereich Wirtschaft wird durch zwei obligatorische Elemente gewährleistet, zum einen durch die wirtschaftlichen Inhaltsfelder im Rahmen der Schulfächer Politik bzw. Politik/Wirtschaft und (Arbeitslehre-)Wirtschaft, zum anderen durch die obligatorischen außerschulischen Lernarrangements. Die durchschnittliche Stundentafelquote für einen der drei Themenbereiche Gesellschaft, Politik und Wirtschaft beträgt für Realschule und Gymnasium 1,2 Prozent, für die Gesamtschule 1,1 Prozent (vgl. Kap. 3.3 [a]). Die Schwellenwerte des Indikators, bis zu denen die Hypothese 1 – generell geringe Anerkennung für Wirtschaft – empirische Bestätigung fände, wären Gesamtlernzeitquoten für Wirtschaftsthemen von höchstens 0,96 Prozent (Realschule und Gymnasium) oder 0,88 Prozent (Gesamtschule). Wie die Tabelle 1 zeigt, liegen die Gesamtlernzeitquoten für Wirtschaft weit über diesen Schwellenwerten. Gemessen an der durchschnittlichen Stundentafelquote für einen Themenbereich in der sozialwissenschaftlichen Domäne steht für den wirtschaftlichen Themenbereich eine um den Faktor 2,4 (Realschule), 2,8 (Gymnasium) oder 4,1 (Gesamtschule) höhere Gesamtlernzeit zur Verfügung (Tab. 1).

Tab. 1**Die Bedeutung des Themenbereichs Wirtschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich in den Schulformen der Sekundarstufe I**

	Realschule (Jg. 5-10)	Gesamtschule (Jg. 5-10)	Gymnasium (Jg. 5-9)
Durchschnittliche Stundentafelquote eines Faches (alle Fächer, Q_{Sx} , %)	6,3	5,9	5,9
Stundentafelquote für das Fach Politik bzw. Politik/Wirtschaft (mit den drei Themenbereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft; Q_{SPFach} , %)	3,7	3,2	3,7
Gesamtlernzeitquote für den Themenbereich Wirtschaft (Q_{GW} , %)	2,9	4,5	3,3

Eigene Berechnungen nach APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

Auffällig ist, dass für Wirtschaftsthemen obligatorische außerschulische Maßnahmen von einem Mindestumfang von 3,5 Wochen vorgesehen sind, während für die politisch-gesellschaftliche Bildung keine obligatorischen außerschulischen

Lernangebote existieren. Gleiches gilt auch für den Bereich der historischen Bildung, für den verpflichtende außerschulische Lernarrangements ebenfalls fehlen.

Damit genießt die ökonomische Bildung beim außerunterrichtlich-außerschulischen Lernen ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der sozialwissenschaftlichen Domäne und darüber hinaus. Insgesamt betrachtet privilegiert die Bildungspolitik wirtschaftliches Lernen gegenüber politischem, gesellschaftlichem und historischem Lernen in einem sehr signifikanten Maß.

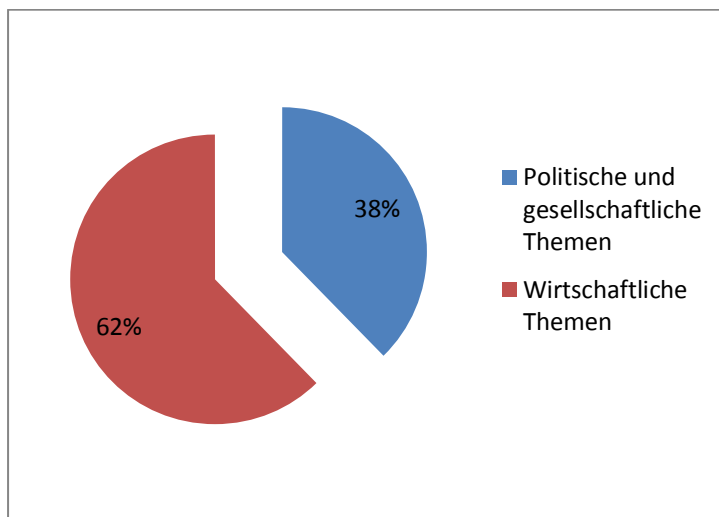
Wirtschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich (Hypothese 2)

Innerhalb des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs an den Schulen in NRW stößt der Themenbereich Wirtschaft generell auf geringe Resonanz. (H2)

Zur Überprüfung dieser Hypothese wurde die Verteilung der Inhaltsfelder der Kernlehrpläne auf die drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft untersucht. In einem zweiten Schritt wurden die Unterrichtszeitäquivalente für die obligatorischen außerschulischen Maßnahmen erfasst, um das Gesamtlernzeitvolumen für die sozialwissenschaftliche Domäne berechnen zu können. Betrachtet man die Durchschnittswerte für die gesamte Sekundarstufe I mit den Schulformen Realschule, Gesamtschule und Gymnasium, zeigt sich eine sehr starke Gewichtung zugunsten der wirtschaftlichen Themen. Die Ergebnisse der empirischen Analyse widerlegen die Hypothese 2 sehr deutlich. Das gilt für die Fächer „Politik“ (Realschule, Gesamtschule) bzw. „Politik/Wirtschaft“ (Gymnasium) und „(Arbeitslehre-)Wirtschaft“ (Gesamtschule) sowie für die obligatorischen außerschulischen Lernzeiten. Der Anteil des Themenbereichs Wirtschaft liegt bei knapp zwei Drittel der Gesamtlernzeit für die drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Vom sozialwissenschaftlichen Lernbereich entfällt damit eine Gesamtlernzeitquote von 62 Prozent auf wirtschaftliches Lernen. Der Anteil für Wirtschaftsthemen liegt damit weit über dem Schwellenwert $Q_{GW} \leq 27\%$, bei dem die Hypothese der geringen Resonanz bestätigt worden wäre (vgl. Abb. 2).

Abb. 2

Der Stellenwert des Themenbereichs Wirtschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich



Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3 & § 4, Anlage 2-4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

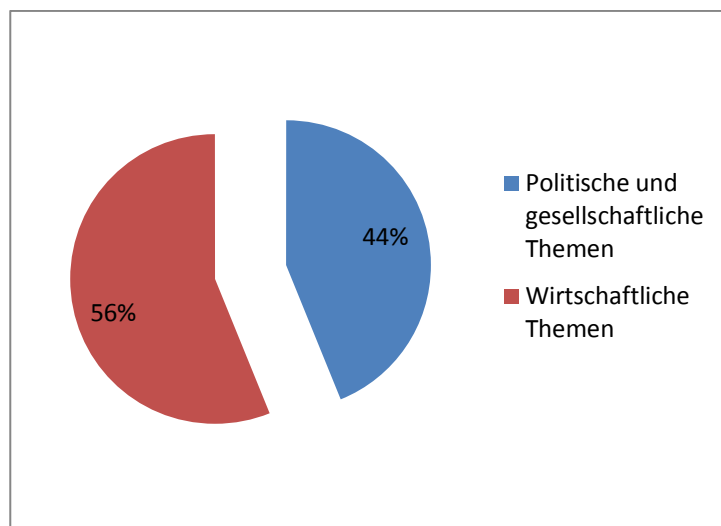
In diesen Durchschnittswert sind die Einzeldaten für drei Schulformen mit den Fächern „Politik“ (Gesamtschule, Realschule) und „Politik/Wirtschaft“ (Gymnasium), dem Fach Arbeitslehre-Wirtschaft (Gesamtschule) sowie die verbindlichen außerschulischen Maßnahmen eingegangen. In der Einzelanalyse stößt man jedoch auf Unterschiede bei den Ausprägungen für die drei erfassten Schulformen der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Folgende Ergebnisse zeigen die Situation an der Realschule, Gesamtschule und Gymnasium.

Realschule

Die Hypothese 2 ist auch für die Realschule durch die Daten widerlegt. Der Schwellenwert des Indikators von $Q_{GW} \leq 27\%$ wird mit einem Anteil von 56 Prozent für die wirtschaftlichen Themen am sozialwissenschaftlichen Lernbereich um mehr als das Doppelte überschritten (vgl. Abb. 3).

Abb. 3

Unterrichtszeitquoten für die Themenbereiche Wirtschaft sowie Politik und Gesellschaft an Realschulen



Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2 & § 4; MAIS 2012; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2013a.

Die empirischen Daten belegen eine eindeutige Dominanz des wirtschaftlichen Themenbereichs gegenüber der Gesamtheit der politischen und gesellschaftlichen Themen (vgl. Tab. 2).

Tab. 2

Lernzeiten für die Themenbereiche Wirtschaft sowie Politik und Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich

Themenbereiche	Jahrgangsstufen		
	5-6	7-10	5-10
Themenbereich Politik (Gesamtlernzeitanteil, V_{GP} , %)	50	22	28
Themenbereich Gesellschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GG} , %)	25	14	16
Themenbereich Wirtschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GW} , %)	25	64	56
zusammen	100	100	100

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2 & § 4; MAIS 2012; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2013a.

Während noch in der ersten Phase der Sekundarstufe I, in den Klassen 5 und 6, die wirtschaftlichen Inhalte nur ein Viertel der sozialwissenschaftlichen Domäne ausmachen, kehrt sich dies in der zweiten Phase deutlich zugunsten des Themenbereichs Wirtschaft um. In den Jahrgängen 7 bis 10 beträgt der Anteil an wirtschaftlichen Lerninhalten beinahe zwei Drittel der Lernzeit. Dagegen wird der Themenbereich Gesellschaft im Laufe der Schulzeit von einem Viertel der

Lernzeit auf weniger als ein Sechstel reduziert. Der Politikanteil wird in den oberen Jahrgängen (7-10) mehr als halbiert und beträgt dort weniger als ein Viertel.

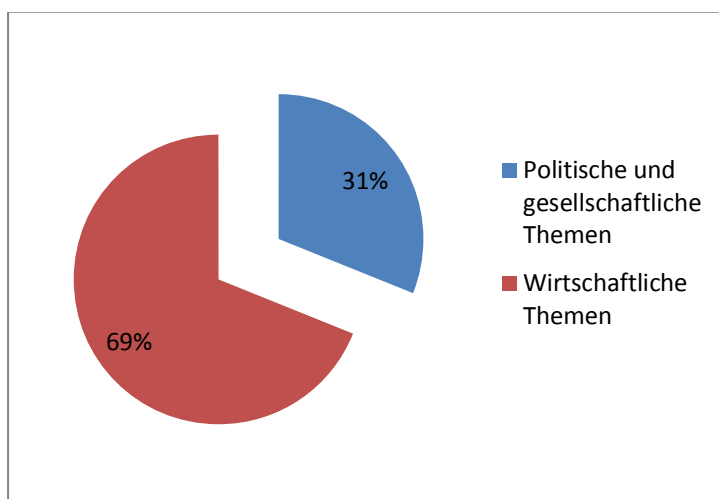
Diese sehr starke Verringerung der Lernzeitanteile für die Behandlung politischer Themen mit zunehmendem Alter der Schülerinnen und Schüler ist ein bemerkenswerter Befund. Denn die Jugendlichen werden in Klasse 10 oder kurz danach 16 Jahre alt und erhalten damit in NRW das Kommunalwahlrecht (genauere Daten zur Altersstruktur der Klassen sind nicht verfügbar, siehe MSW 2017a). Das bedeutet: gerade dann, wenn politische Themen für die Erstwählerinnen und Erstwähler wichtig werden, verlieren sie in der Schule vergleichsweise an Gewicht.

Gesamtschule

Durch die empirischen Daten wird die Hypothese H2 auch für die Gesamtschule eindeutig widerlegt. Die wirtschaftlichen Inhalte erreichen einen Anteil von 69 Prozent überschreiten damit bei weitem den Schwellenwert $Q_{GW} \leq 27\%$, ab dem man den Wirtschaftsthemen eine geringe Resonanz attestieren würde (Abb. 4). An den Gesamtschulen in NRW spielen ökonomische Lerninhalte im Schulformvergleich die mit großem Abstand bedeutendste Rolle. Diese Ergebnisse der Gesamtschule übertreffen um ein Vielfaches die der Realschule. Dies liegt in erster Linie am Fach „Arbeitslehre-Wirtschaft“, das an Gesamtschulen, anders als an Realschulen und Gymnasien, als Pflichtfach unterrichtet wird.

Abb. 4

Die Themenbereiche Wirtschaft sowie Politik und Gesellschaft an der Gesamtschule in der Sekundarstufe I



Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 4 & § 4; MAIS 2012; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

Zwar beträgt der Wirtschaftsanteil in den Jahrgangstufen 5 und 6 nur ein Viertel, er erreicht jedoch in der zweiten Phase der Gesamtschule (Jg. 7-10) einen Anteil von mehr als drei Viertel der Gesamtlernzeit (vgl. Tab. 3). Die restlichen Anteile teilen sich die Themenbereiche Politik und Gesellschaft und liegen damit unter einem Drittel. Besonders dramatisch ist der zeitliche Verlauf bei den gesellschaftlichen Themen. Beträgt der Anteil in den unteren Jahrgangstufen 5-6 noch 42 Prozent, fällt er in den höheren Jahrgangsstufen 7-10 auf 6 Prozent. Dies entspricht einem Verlust von etwas mehr als dem Sechsfachen des Ursprungswertes. Der Politikanteil startet anfangs mit einem Drittel der Gesamtlernzeit, sinkt aber ebenfalls in den Jahrgangsstufen 7-10, wenn auch nicht so deutlich wie der Themenbereich Gesellschaft. So liegt der Anteil der politischen Inhalte in der zweiten Phase bei etwas weniger als einem Fünftel.

Tab. 3**Die Themenbereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich an der Gesamtschule**

Themenbereiche	Jahrgangsstufen		
	5-6	7-10	5-10
Themenbereich Politik (Gesamtlernzeitanteil, V_{GP} , %)	33	18	20
Themenbereich Gesellschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GG} , %)	42	6	11
Themenbereich Wirtschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GW} , %)	25	76	69
zusammen	100	100	100

Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 4 & § 4; MAIS 2012; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

Gymnasium

Die empirischen Erkenntnisse widerlegen auch für das Gymnasium die Hypothese H2 sehr deutlich (vgl. Tab. 4, Abb. 5). Mit einem Anteil von 60 Prozent übertreffen die wirtschaftlichen Themenbereiche im Fach Politik/Wirtschaft und in den obligatorischen außerschulischen Lernformen überaus deutlich den Schwellenwert $Q_{GW} \leq 27\%$ für eine Bestätigung der Vermutung einer geringen Resonanz für Wirtschaftsthemen. Nach den Gesamtschulen räumen die Gymnasien in NRW der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I den größten Lernzeitanteil ein.

Tab. 4**Die Themenbereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich am Gymnasium**

Themenbereiche	Jahrgangsstufen		
	5-6	7-9	5-9
Themenbereich Politik (Gesamtlernzeitanteil, V_{GP} , %)	21	22	22
Themenbereich Gesellschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GG} , %)	37	13	18
Themenbereich Wirtschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GW} , %)	42	65	60
zusammen	100	100	100

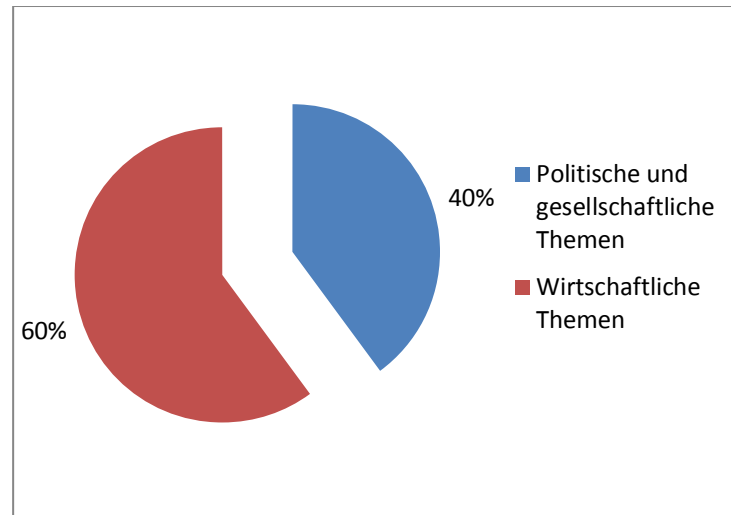
Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 3 & § 4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2013a.

Betrachtet man den zeitlichen Verlauf, ergeben sich vergleichbare Abläufe wie an den anderen beiden Schulformen, da die Anteile für die wirtschaftlichen Lerninhalte in den höheren Jahrgangsstufen jeweils deutlich steigen. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass an den Gymnasien bereits in den unteren Klassen (5-6) der Wirtschaftsanteil den der politischen und gesellschaftlichen Lerninhalte übertrifft und in den Jahrgängen 7 bis 9 bei knapp zwei Drittel liegt. Der Politikanteil variiert in derselben Zeitspanne nur minimal und liegt bei knapp einem Fünftel der Gesamtlernzeit der sozialwissenschaftlichen Domäne. Dagegen werden die gesellschaftlichen Lerninhalte in den höheren Jahrgängen nur noch

marginal behandelt. Liegt der gesellschaftliche Anteil in den Jahrgängen 5-6 noch über einem Drittel, beträgt er in den oberen Jahrgängen nur noch weniger als ein Siebtel.

Abb. 5

Die Themenbereiche Wirtschaft sowie Politik und Gesellschaft am Gymnasium in der Sekundarstufe I



Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 3 & § 4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2013a.

Zwischenfazit: Wirtschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich (Hypothese 2)

Fasst man die empirischen Befunde für die drei Schulformen der Sekundarstufe I zusammen, kann man feststellen, dass die Hypothese, Wirtschaftsthemen würden nur eine geringe Resonanz in der Schule erfahren, eindeutig widerlegt ist. Das Gegenteil ist der Fall: sie dominieren sehr deutlich im Vergleich zu politischen und gesellschaftlichen Themen.

Erstens sind ökonomische Lerninhalte in der sozialwissenschaftlichen Domäne nicht unterrepräsentiert, sie sind vergleichsweise überrepräsentiert. Betrachtet man die verfügbare Gesamtlernzeit, überwiegen wirtschaftliche Lerninhalte die beiden anderen Themenbereiche Politik und Gesellschaft bei weitem.

Zweitens zeigen die Daten eine deutliche Akzentuierung der wirtschaftlichen Inhalte in den höheren Jahrgangsstufen von 7 bis 9 bzw. 7 bis 10. Dies führt zu einer Verdrängung der politischen und gesellschaftlichen Themenbereiche mit zunehmendem Alter der Lernenden und zu einer allgemeinen Aufwertung des wirtschaftlichen Themenbereichs.

Wirtschaft im Vergleich zu Politik (Hypothese 3)

Innerhalb des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs an den Schulen in NRW erfährt der Themenbereich Wirtschaft im Vergleich zum Themenbereich Politik deutlich weniger Beachtung. (H3)

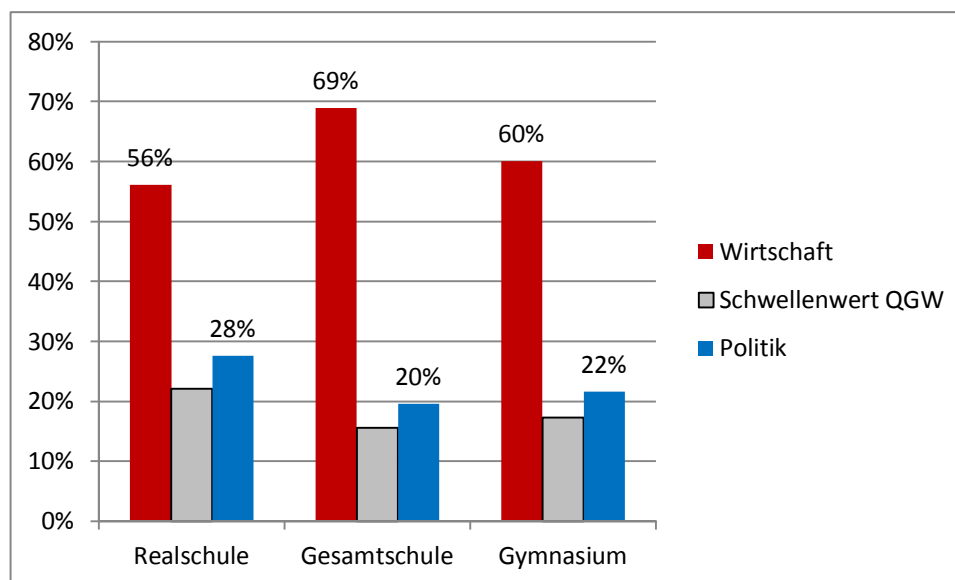
Die Ergebnisse der empirischen Analyse widerlegen für alle drei Schulformen die Hypothese 3 (vgl. Tab. 5). Sowohl an Realschulen als auch an Gesamtschulen und Gymnasien liegt der Gesamtlernzeitanteil des Themenbereiches Wirtschaft jeweils deutlich höher als der für die Bestätigung der Hypothese definierte Schwellenwert (vgl. Kap. 3.3 [f] und Abb. 6). Besonders an der Gesamtschule überschreitet der Wirtschaftsanteil erheblich den Schwellenwert. An der Realschule ist der wirtschaftliche Themenbereich doppelt so stark präsent wie politische Themen. Am Gymnasium sind die Wirtschaftsanteile deutlich mehr als doppelt so stark vertreten. Mit Abstand am größten ist der Unterschied an der Gesamtschule. Dort hat der Themenbereich Wirtschaft mehr als dreimal so viel Lernzeit zur Verfügung wie der Themenbereich Politik.

Tab. 5**Lernzeiten der Themenbereiche Wirtschaft und Politik im sozialwissenschaftlichen Lernbereich im Schulformvergleich**

Schulfächer	Politik	Politik Arbeitslehre- Wirtschaft	Politik
Schulform	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Jahrgangsstufe	5-10	5-10	5-9
Themenbereich Politik (Gesamtlernzeitanteil, Q_{GP} , %)	28	20	22
Themenbereich Wirtschaft (Gesamtlernzeitanteil Q_{GW} , %)	56	69	60
Schwellenwert für Bestätigung der Hypothese 3 (Obergrenze für Q_{GW} , %)	22,1	15,7	17,3

Eigene Berechnungen nach APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

In der Abbildung 6 wird deutlich, wie weit der reale Lernzeitanteil für Wirtschaft *über* dem Schwellenwert für Q_{GW} liegt, *unterhalb* dessen die Hypothese einer geringen Resonanz für Wirtschaftsthemen bestätigt werden würde.

Abb. 6**Lernzeiten für Wirtschaft und Politik im sozialwissenschaftlichen Lernbereich**

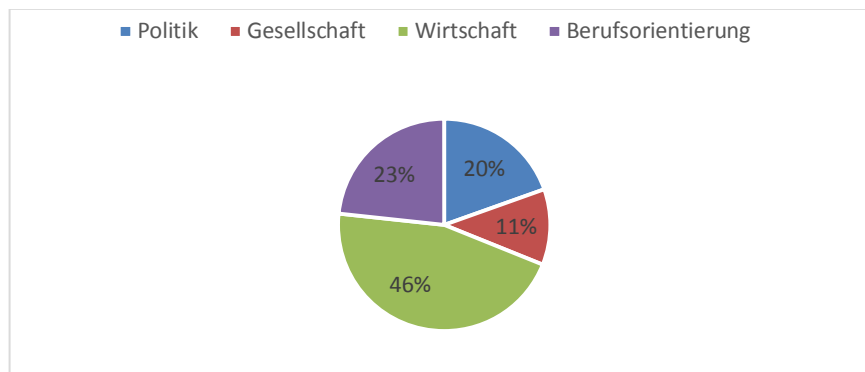
Eigene Berechnungen nach APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

Die Gesamtschule erweist sich als besonders wirtschaftsaffine Schulform. Ihre Wirtschaftsaffinität hat drei Gründe. Erstens hängt sie mit den hohen Wirtschaftsanteilen im Integrationsfach Politik an Gesamtschulen zusammen. Zweitens führen die nur im Bereich der ökonomischen Bildung angesiedelten obligatorischen außerschulischen Maßnahmen zu einem weiteren Anstieg der Anteile für Wirtschaft. Schon allein die durch die Landesregierung festgeschriebenen Maßnahmen zur Berufsorientierung überschreiten die Anteile für das Schulfach Politik.

Diese beiden Gründe treffen schulformübergreifend auch auf die Realschule und das Gymnasium zu. Als dritter gesamtschulspezifischer Faktor ist das zusätzliche Pflichtfach Wirtschaft zu berücksichtigen, welches gemeinsam mit den Fächern Hauswirtschaft und Technik zum Lernbereich Arbeitslehre zählt (APO SI NRW 2017, Anlage 4). Wird das Fach Wirtschaft einbezogen, ergeben sich die ausgewiesenen curricularen Anteile für die Themenbereiche Wirtschaft bzw. Politik. So entfällt in der sozialwissenschaftlichen Domäne an Gesamtschulen dreimal mehr Lernzeit auf den Themenbereich Wirtschaft als auf den Themenbereich Politik. Dies entspricht einem Anteil von 69 Prozent für den Themenbereich Wirtschaft und nur 20 Prozent für Politik (vgl. Abb. 7).

Abb. 7

Unterrichtszeitquoten für die Themenbereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an Gesamtschulen in NRW (Jahrgänge 5-10)



Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 4 & § 4; MAIS 2012, MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

Würde man die Fragestellung erweitern und neben den Pflichtfächern auch die *Wahlpflichtfächer* berücksichtigen, ergäben sich Relativierungen der für die Pflichtfächer ermittelten Verteilungsstrukturen. Für die Gesamtschule müsste man dann in Rechnung stellen, dass der Lernbereich Arbeitslehre zusätzlich auch im Rahmen des Wahlpflichtunterrichts im Umfang von 12-15 Wochenstunden angeboten wird. Den Lernenden wird es aber verwehrt, im Wahlpflichtbereich einen Schwerpunkt auf Politik oder Gesellschaft zu setzen, weil dafür keine Fächer vorgesehen sind. Die Wahlmöglichkeiten werden durch die ministeriellen Vorgaben in der Stundentafel und der sozialwissenschaftlichen Domäne also einseitig zugunsten von Wirtschaft reduziert. Damit wirkt der Wahlpflichtbereich tendenziell weiter verstärkend auf das vergleichsweise Übergewicht des Themenbereichs Wirtschaft.

Wirtschaft im Vergleich zu Gesellschaft (Hypothese 4)

Der Themenbereich Gesellschaft hat im sozialwissenschaftlichen Lernbereich in NRW ein größeres Gewicht als der Themenbereich Wirtschaft. (H4)

Für die Hypothese 4 bieten die Daten für die drei Schulformen ein ähnliches Bild (vgl. Tab. 6). Auf gesellschaftliche Themenbereiche entfällt an der Realschule und am Gymnasium weniger als ein Fünftel der Gesamtlernzeit im sozialwissenschaftlichen Lernbereich, an der Gesamtschule ist es wenig mehr als ein Zehntel. In allen drei Schulformen dominieren wirtschaftliche Themen sehr deutlich gegenüber gesellschaftlichen. Der als Indikator für „größeres Gewicht“ von gesellschaftlichen Themen gewählte Schwellenwert von $Q_{GG} \geq 36\%$, wird in allen drei Schulformen weit verfehlt.

Auch die Hypothese 4 ist damit eindeutig widerlegt. An keiner Schulform der Sekundarstufe I gibt es auch nur annähernd ein Gleichgewicht der Lernzeiten für wirtschaftliche und gesellschaftliche Themenbereiche. Der Themenbereich Wirtschaft dominiert immer und sehr klar.

Tab. 6**Die Themenbereiche Wirtschaft und Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich im Schulformvergleich**

Schulfach	Politik	Politik & Arbeitslehre-Wirtschaft	Politik
Schulform	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Jahrgangsstufe	5-10	5-10	5-9
Themenbereich Wirtschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GW} , %)	56	69	60
Themenbereich Gesellschaft (Gesamtlernzeitanteil, V_{GG} , %)	16	11	18

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S.68-79.

Fazit: Wirtschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich (Hypothesen 1 bis 4)

Fassen wir die Ergebnisse der empirischen Prüfung unserer vier Hypothesen kurz zusammen. Alle vier Hypothesen sind durch Analyse der Daten widerlegt:

- In den Bildungsgängen der Sekundarstufe I ist der Themenbereich Wirtschaft sehr stark vertreten (Widerlegung von H1).
- Auch innerhalb der einzelnen sozialwissenschaftlichen Fächer „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ und „(Arbeitslehre-) Wirtschaft“ haben wirtschaftliche Themen eine starke Position (Widerlegung von H2).
- Politische Themen sind im Vergleich zu wirtschaftlichen Themen stark unterrepräsentiert (Widerlegung von H3).
- Gesellschaftliche Themen nehmen an nordrhein-westfälischen Schulen innerhalb der sozialwissenschaftlichen Domäne eine Randstellung ein (Widerlegung von H4).

Angesichts dieser empirischen Befunde ist das Gesamturteil zwingend, dass der oft angenommene Mangel an wirtschaftlichem Lernen und ökonomischer Bildung in der nordrhein-westfälischen Sekundarstufe I empirisch nicht belegt werden kann. Insbesondere im Vergleich zu politischem und gesellschaftlichem Lernen handelt es sich vielmehr um eine kontrafaktische Behauptung. Die politischen Interessen und verbandlichen Strategien, die dazu führen, dennoch an dieser Fehldiagnose festzuhalten und den Bereich Wirtschaft an den Schulen noch weiter auszubauen, sind nicht Gegenstand dieser Studie.

Reale Lernzeit für den Themenbereich Wirtschaft

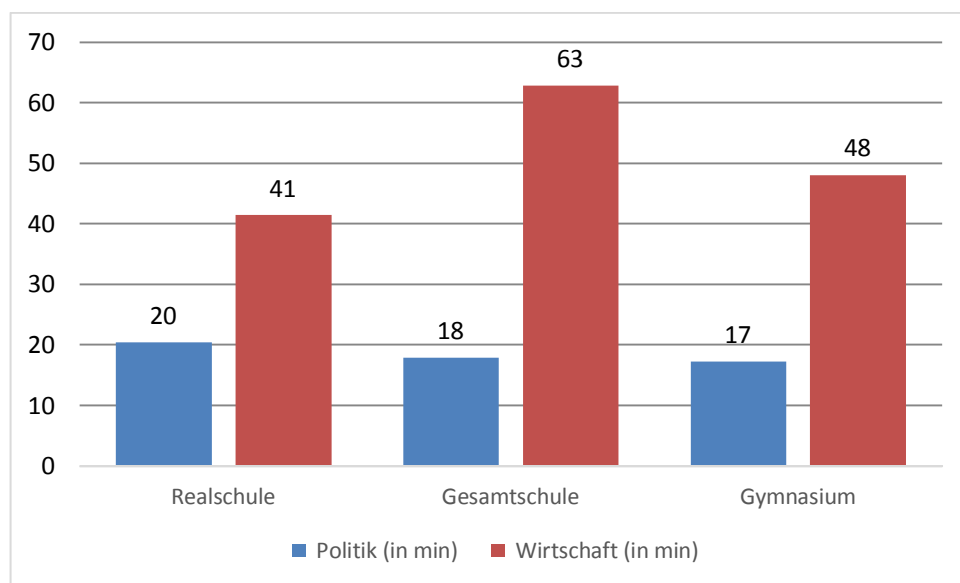
Bisher haben wir die relative Bedeutung des Themenbereichs Wirtschaft untersucht und deshalb mit Prozentwerten gearbeitet. Aus der Sicht der Lernenden sind aber die absoluten Zeitwerte für die Auseinandersetzung mit den einzelnen Themenbereichen von großer Bedeutung. Betrachtet man deshalb die verfügbaren Lernzeiten in Minuten, wird die privilegierte Stellung des ökonomischen Lernens besonders deutlich. Denn dann sieht man, wie viel Lernzeit dafür curricular im Durchschnitt pro Schulwoche genutzt werden kann.

Für den Themenbereich Wirtschaft stehen in der Sekundarstufe in NRW je nach Schulform durchschnittlich 41 bis 62 Minuten Unterrichtszeit pro Schulwoche zur Verfügung (vgl. Abb. 8). An der Realschule sind es etwa 41 Minuten, an der Gesamtschule rund 63 Minuten und am Gymnasium ca. 48 Minuten. Die einzelnen Werte spiegeln nur den her-

kömmlichen Fachunterricht und die obligatorischen außerunterrichtlichen Lernformen. Bei Berücksichtigung des Wahlpflichtbereiches und der weiteren fakultativen Veranstaltungen im Rahmen des Wirtschaftslernens und der Berufsorientierung ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Lernzeiten an den Schulen erheblich höher ausfallen. Im Vergleich zum Themenbereich Wirtschaft bleibt die wöchentliche Lernzeit für den Themenbereich Politik an allen drei Schulformen sehr stark zurück. Auch bei den Zeitwerten fällt die Gesamtschule aus dem Rahmen. Am Beispiel der Gesamtschule wird damit deutlich, dass ein Separatfach Wirtschaft immer auf Kosten der anderen Teilbereiche der sozialwissenschaftlichen Domäne und in diesem Fall der politischen Bildung geht.

Abb. 8

Reale Lernzeiten für die Themenbereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Lernbereich im Schulformvergleich



Eigene Berechnungen nach APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MAIS 2012; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013a; MSW 2013b, S. 68-79.

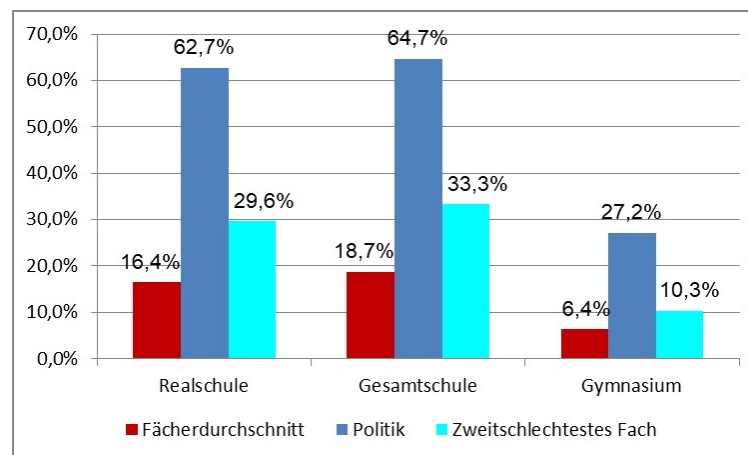
5 Fachfremd erteilter Politikunterricht

Der Landtag und die Landesregierung entscheiden nicht nur über die Verteilung der Lernzeit auf die Fächer der Stundentafel und auf die Inhaltsfelder der Einzelfächer. Sie sind auch für die Qualität des Unterrichts in den Schulen verantwortlich. Ein wesentlicher Qualitätsindikator sind die fachliche und fachdidaktische Ausbildung der Lehrkräfte (z. B. Kleickmann et al. 2013) sowie der passgenaue Unterrichtseinsatz von Lehrkräften in den Fächern, für die sie an der Universität oder im Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung ausgebildet wurden. In dieser Hinsicht kommen die Landesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden der Schulaufsicht ihrer Qualitätssicherungspflicht nicht nach. Denn die Fächer „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ werden in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen in einem bemerkenswert hohen Ausmaß fachfremd unterrichtet, d. h. von Lehrkräften, die für andere Fächer ausgebildet wurden.

Es gibt in der Sekundarstufe I in NRW kein anderes Schulfach, das auch nur annähernd so häufig fachfremd erteilt wird. Im Schuljahr 2016/17 wurde an Realschulen 62,7 Prozent, an Gesamtschulen 64,7 Prozent und an Gymnasien 27,2 Prozent des Unterrichts in diesen beiden Fächern fachfremd unterrichtet (Abb. 9; MSW 2017a, S. 128-130). An Hauptschulen wurde Politik sogar zu 85,6 Prozent fachfremd unterrichtet. Gegenüber den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 hat sich die Lage an Realschulen und Gesamtschulen noch einmal deutlich verschlechtert; auch an Gymnasien nahm der fachfremde Unterricht leicht zu (MSW 2016, S. 114-116; MSW 2015, S. 106-108).

Besonders bemerkenswert ist der auffallend große Abstand zwischen der Fachfremdquote für Politik und dem Fach, das am zweithäufigsten fachfremd unterrichtet wird. An allen drei Schulformen steht das zweitschlechtestes Fach wesentlich besser da als Politik. Gemessen am Durchschnitt aller Fächer der Sekundarstufe I wird Politik rund viermal so häufig von fachfremden Lehrkräften unterrichtet.

Abb. 9
Fachfremder Unterricht in Politik und Politik/Wirtschaft in der Sekundarstufe I (Schuljahr 2016/17)



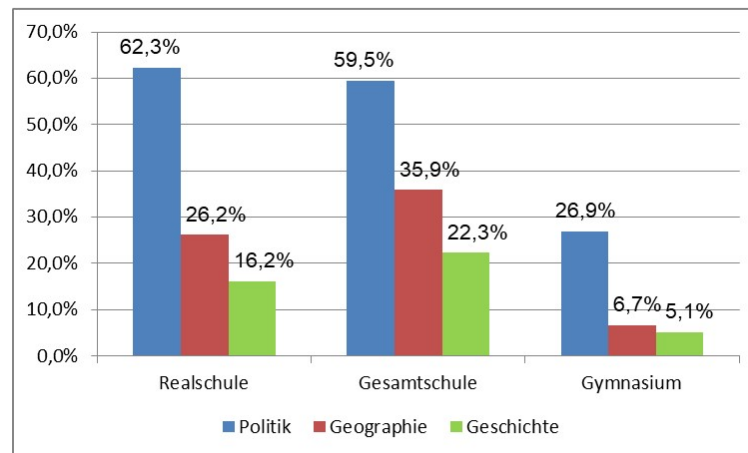
Eigene Berechnung mit Daten aus MSW 2017a, S. 128-130.

Darin kommen die Abwertung und Missachtung des Politikunterrichts durch die Schulleitungen und die Schulaufsicht zum Ausdruck. Denn die amtliche Schulstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen weist Jahr für Jahr ähnlich schlechte Werte nach, ohne dass irgendwelche schulaufsichtlichen oder ministeriellen Maßnahmen ergriffen würden. Eine Qualitätssicherung findet hier nicht statt.

Grenzt man die Analyse auf die drei Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereichs ein, zeigt sich erneut, dass der Politikunterricht vergleichsweise besonders schlecht abschneidet (Abb. 10; MSB 2018c, 128-130). Am Gymnasium gibt es mehr als fünfmal häufiger fachfremden Unterricht im Fach Politik/Wirtschaft als in Geschichte, an Realschulen fast viermal so häufig. An allen drei Schulformen wird auch das Fach Erdkunde deutlich seltener durch nicht dafür ausgebildete Lehrer erteilt.

Das systematische ministerielle und administrative Desinteresse an der Qualitätssicherung des Politikunterrichts durch den Einsatz fachlich einschlägig ausgebildeten Personals wirkt sich fatal auf die politische Bildung der Kinder und Jugendlichen in NRW aus. Das wissen wir zum einen aus einer Reihe empirischer Untersuchungen zur Bedeutung des fachlichen und fachdidaktischen Wissens von Lehrkräften für den Erfolg ihres Unterrichts (z. B. Baumert/Kunter 2006; Kleickmann et al. 2013). In Wechselwirkung mit der „Unterrichtsgestaltung sind Fachwissen und fachdidaktisches Wissen auch für die Fachleistungen von Schülerinnen und Schülern substantiell bedeutsam“ (Baumert/Kunter 2006, S. 496).

Abb. 10
Fachfremder Unterricht im Lernbereich Gesellschaftswissenschaften in der Sekundarstufe I
(Schuljahr 2017/18)



Eigene Berechnung mit Daten aus MSB 2018c, S. 128-130

Zum anderen liegen seit Kurzem die Ergebnisse einer internationalen Vergleichsstudie vor, die Aufschluss über die Leistungen nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler geben (Abs/Hahn-Laudenberg 2017). Um es vorweg zu nehmen: die Befunde zum politischen Wissen und zur politischen Partizipationsbereitschaft liefern eine ebenso triste Lagebeschreibung wie die Statistik des fachfremden Unterrichts.

6 Politisches Wissen und politisches Engagement

Deutschland entwickelt sich insgesamt in Richtung elitäre Demokratie: die konventionelle politische Partizipation sinkt, etwa bei der Wahlbeteiligung, der Mitgliedschaft in politischen Parteien und nicht zuletzt wächst „die soziale Exklusion der unteren Schichten“ (Merkel/Petring 2012, S. 110). Aber auch bei politischem Interesse und politischem Wissen der Bürgerinnen und Bürger schneidet Deutschland nicht gut ab. Das belegt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und des European Social Survey (ESS) mit Blick auf die Ungleichheit bei politischem Interesse und politischer Beteiligung auswertet (zum Folgenden Kroh/Könnecke 2013). Die Autoren stellen fest, „dass in den vergangenen dreißig Jahren keineswegs von einem Rückgang der ungleichen politischen Beteiligung die Rede sein kann und der Grad der Ungleichheit in Deutschland sogar höher ausfällt als in vielen vergleichbaren europäischen Demokratien“ (S. 14). Das Interesse für Politik wird in Deutschland „nachhaltig durch die soziale Herkunft bestimmt“ (ebd.)

Ein erheblicher Teil der Ungleichheit bei politischem Interesse, politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation kann auf die Herkunftsfamilie zurückgeführt werden, ein anderer auf die Dauer und das Niveau der individuellen Bildung (zum Folgenden Kroh 2017). Längsschnittuntersuchungen von Geschwistern zeigen, dass die Familie der relevante Ort und die Jugend die entscheidende Phase der politischen Sozialisation sind. Deren Ergebnisse bleiben in späteren Lebensphasen relativ stabil, auch Änderungen bei sozioökonomischen Merkmalen wie berufliche Position, Höhe des Einkommens oder Arbeitslosigkeit bewirken nur wenig. Die sozioökonomisch bedingte Ungleichheit beim politischen Engagement, so fasst Martin Kroh seine Ergebnisse zusammen, resultiert nicht aus persönlichen Entscheidungen im Adoleszenz- oder Erwachsenenalter, sondern aus dem Zufall der Geburt.

Für ein politisches und gesellschaftliches System, das sich als Demokratie versteht, ist das ein besorgniserregender empirischer Befund. Denn die Abhängigkeit der Partizipation von der Herkunftsfamilie vermindert nicht nur die individuellen Lebenschancen mit Blick auf die politische Teilhabe, sondern es beeinträchtigt zugleich die Basis der Demokratie, die auf Interesse und Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Die entscheidenden Weichenstellungen für politisches Interesse und für politische Partizipationsbereitschaft finden also in der Jugendphase statt, bei jungen und älteren Erwachsenen ändert sich hier nur noch wenig. Was man über Demokratie lernt, welche demokratischen Handlungsoptionen man wahrnimmt und welche politischen Erfahrungen man als Schülerin oder Schüler macht, ist deshalb von herausragender Bedeutung für die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Aber um das politische Wissen und das politische Engagement der Jugendlichen ist es nicht gut bestellt.

Für Nordrhein-Westfalen verfügen wir über aktuelle Daten zum politischen Wissen der Jugendlichen und zu ihrer Bereitschaft, später politisch zu partizipieren und aktiv zu werden (zum Folgenden Abs/Hahn-Laudenberg 2017). Die Ergebnisse sind ernüchternd bis erschreckend. So rangiert das durchschnittliche Wissen der Schülerinnen und Schüler über Politik im Vergleich zu 14 anderen europäischen Ländern im unteren Drittel (S. 107).¹ In Nordrhein-Westfalen hängt die politische Bildung der Lernenden sehr stark von den kulturellen Voraussetzungen im Elternhaus ab. Nur Bulgarien schneidet hier noch schlechter ab. Der Schule in NRW gelingt es nicht, die Ungleichheit der familiären Startbedingungen beim politischen Wissen auszugleichen (S. 108). Das bedeutet, dass es der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik nicht gelingt, die politische Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, denn die hängt auch von ihrem politischen Wissen ab.

In keinem europäischen Land ist die politische Partizipationsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler niedriger als in Nordrhein-Westfalen. Fast 30 Prozent der Jugendlichen wollen nicht an Bundestagswahlen teilnehmen, fast 40% nicht an Kommunal- und Europawahlen (Abs/Hahn-Laudenberg, S. 228).

Ein erheblicher Teil der NRW-Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, dies trifft auf rund 40 Prozent der Minderjährigen zu. Bei dieser Gruppe der Schülerinnen und Schüler ist die Bereitschaft zur politischen Partizipation besonders gering ausgeprägt. Generell wollen nur wenige der Jugendlichen aktiv Politik gestalten, bei den 24 untersuchten Ländern ist dies nur in Belgien noch schlechter (Abs/Hahn-Laudenberg, S. 228).² Jugendliche in NRW sehen sich als Erwachsene eher in einer passiven Bürgerrolle (S. 228).

Diese empirischen Befunde belegen, dass die Politik letztlich daran scheitert, allen Jugendlichen die persönlichen Voraussetzungen für ihre demokratische Teilhabe zu gewährleisten. Damit vernachlässigt die Politik die Aufgabe der nachhaltigen Sicherung der Demokratie in Nordrhein-Westfalen. In letzter Konsequenz droht ein demokratiepolitisches Versagen der Landesregierung bei Gewährleistung der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger. Denn die gleiche Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen am politischen Prozess gilt seit langem als ein zentrales Kriterium für die Qualität einer Demokratie (vgl. Pateman 1970, Dahl 1971, Lijphart 1997).

Deshalb ist es die Aufgabe staatlicher Politik, die Prägung politischer Teilhabe durch die soziale Herkunft frühzeitig und nachhaltig zu verringern und gleiche Voraussetzungen für die demokratische Teilhabe für alle zu sichern. Dazu muss die Politik vor allem die durch soziale Herkunft geprägten Bildungsunterschiede verringern sowie die demokratische Bildung in Schulen stärker verankern (Kroh/Könnecke 2013, S. 14). Tatsächlich beobachten wir aber in einer Reihe von Bundesländern das glatte Gegenteil: den Ausbau ökonomischer Bildung und die fortdauernde Vernachlässigung politischer Bildung, die Verstärkung von Lebenshilfe für den Wirtschaftsalltag und die Stagnation oder den Abbau von demokratischer Persönlichkeitsbildung (Gökbudak/Hedtke 2018).

7 Ausblick

Öffentlichkeit und Bildungspolitik machen sich offensichtlich ein falsches Bild von der ökonomischen Bildung an Schulen. Es wird lautstark viel gefordert, etwa ein Schulfach Wirtschaft, aber die schulische Faktenlage wird wenig bis gar nicht analysiert. Erst unsere Studie bietet eine solide empirische Basis für bildungspolitische Entscheidungen zum Wirtschaftslernen in Schulen, weil sie den Istzustand sorgfältig analysiert und umfassend präsentiert.

Will man wissen, was wirklich der Fall ist, muss man die verbindlichen Rahmenbedingungen und tatsächlichen Ressourcen prüfen. Ein hartes Faktum sind die Stundentafeln, die Fächer festlegen und ihnen eine bestimmte Lernzeit zuweisen. Fakten schaffen auch die Kernlehrpläne mit ihren Inhaltsfeldern und nicht zuletzt die Erlasse für verpflichtende

¹ Europäische Teilnehmerländer außer NRW: Belgien (Flandern), Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Niederlande, Norwegen, Schweden, Slowenien.

² Neben den 14 europäischen Ländern Korea, Peru, Taiwan, Chile, Russische Föderation, Kolumbien, Hongkong, Mexiko, Dominikanische Republik.

außerunterrichtliche Veranstaltungen. Mit diesem Faktencheck konnten wir feststellen, welche zeitlichen Ressourcen die Landespolitik dem schulischen Normalbetrieb für wirtschaftliches Lernen tatsächlich zur Verfügung stellt.

Eine evidenzbasierte Bildungspolitik startet mit der Situationsanalyse, hier der ökonomischen Bildung an Schulen in Nordrhein-Westfalen. Wer die Rahmenbedingungen des Wirtschaftslernens sinnvoll ändern will, muss zunächst die Realität zur Kenntnis nehmen. Dazu hat das Schulministerium mit der hier vorgelegten Studie die Gelegenheit.

Den Wert, den die Bildungspolitik der ökonomischen Bildung tatsächlich zumisst, kann man an der absoluten und relativen Lernzeit ablesen, die sie dafür verbindlich vorsieht. Je größer die bildungspolitisch definierte Lernzeit für ein Themengebiet oder Fach, desto höher sein offizieller Bildungswert. Verbindlich festgelegte Lernzeiten sind eine harte Währung im Bildungssystem. In dieser Hinsicht schneidet Nordrhein-Westfalen bei der ökonomischen Bildung außerordentlich gut ab, während die Lernzeit für politische und gesellschaftliche Bildung sehr knapp ausfällt. In Schulnoten ausgedrückt lautet das Gesamturteil deshalb „Wirtschaft gut, Politik mangelhaft“.

Die empirische Analyse belegt, dass in der nordrhein-westfälischen Sekundarstufe I des Jahres 2018 Wirtschaftsthemen und ökonomische Bildung einen sehr hohen Stellenwert haben, die Themen Politik und Gesellschaft fallen weit zurück. Damit sendet die Bildungspolitik ein klares politisches Signal an Lernende, Lehrkräfte und Öffentlichkeit: Wirtschaft hat Vorrang, Politik und Gesellschaft sind in der Schule nicht so wichtig. Ob dieses bildungspolitische Programm die Weichen für die Zukunft der Jugendlichen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft richtig stellt, ist eine ernsthafte bildungs- und gesellschaftspolitische Debatte wert.

Anhang: Zur Datenbasis

Das Abgrenzungsprinzip für unsere Erhebung lautet, alles Obligatorische zu erfassen und – jedenfalls in dieser Forschungsphase – alles Fakultative und Freiwillige unberücksichtigt zu lassen. Angesichts des erheblichen Erhebungsaufwands konzentrieren wir uns in unserem Forschungsprojekt auf das, was die Schulen, Lehrenden und Lernenden in den sozialwissenschaftlichen Fächern machen müssen. Danach fallen z. B. Wahlpflichtfächer aus unserem Datensatz heraus.

Was die einzelnen Schulen über das ministeriell vorgegebene Pflichtpensum hinaus an Aktivitäten ökonomischer Bildung entfalten, können wir in unserer quantifizierenden Vollerhebung für NRW nicht berücksichtigen. Dies würde eine eigene Befragung der Schulen oder eine Auswertung lokaler und regionaler Aufzeichnungen, die etwa von Seiten der Schulaufsicht angefertigt werden, verlangen. Eine explorative Durchsicht der Homepages von Schulen deutet allerdings darauf hin, dass vor Ort eine Vielfalt weiterer Formen von ökonomischer Bildung praktiziert wird. Diese Beobachtungen werden auch dadurch gestützt, dass im Jahre 2009 zwei Drittel der Schulen institutionalisierte Kooperationsbeziehungen mit Betrieben und Unternehmen pflegten (Univation 2010, S. 10). Es ist eine plausible Erwartung, dass sich solche Kooperationen und Partnerschaften im Zuge der zahlreichen Aktivitäten zur Umsetzung der bildungspolitischen Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ seit dem Schuljahr 2012/13 weiter verbreitet haben (MAIS 2012).

Forschungsprojekte, die auf der Ebene der einzelnen Schulen ansetzen, braucht man unbedingt, um ein verlässliches Bild der vielen und vielfältigen außerunterrichtlichen Aktivitäten und ihrer Schwerpunktsetzung in den Themenbereichen Wirtschaft sowie Politik und Gesellschaft zeichnen zu können. Dazu gehört dann etwa eine Analyse, wie sich die außerschulischen Kooperationspartner dieser Aktivitäten auf diese drei Bereiche verteilen. So legt etwa die Rahmenvorgabe für die ökonomische Bildung fest, dass ökonomische Bildung ein „unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung“ und „verbindlicher Auftrag der Schule“ ist (MSW 2004, S. 7). Was die einzelne Schule über die Vorgaben in Stundentafel, Lehrplänen und Erlassen zur Berufsorientierung daraus macht, bleibt ihr überlassen.

Die Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I legt u.a. die schulformspezifischen Regelungen und die jeweiligen Stundentafeln der Schulformen (APO SI NRW 2017, § 3) fest. Während die Stundentafeln nur formale Angaben zu den Wochen(unterrichts)stunden geben, legen die einzelnen Kernlehrpläne die fachinhaltlichen Vorgaben fest. Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen finden sich in den Kernlehrplänen auch in Fächern wie Deutsch, Geschichte oder Mathematik wieder. Die Studie bezieht sich für die Sekundarstufe I (Realschule, Gesamtschule und Gymnasium) auf die Kernlehrpläne der Pflichtfächer „Politik“ (Realschule), „Erdkunde, Geschichte, Politik“ (Gesamtschule), „Politik/Wirtschaft“ (Gymnasium) und „Hauswirtschaft, Technik, Wirtschaft“ (Gesamtschule) aus den sozialwissenschaftlichen Lernbereichen Gesellschafts- und Arbeitslehre (MSW 2007; MSW 2011a; MSW 2011b; MSW 2013b). Während in der ersten Teilstudie „17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen“ (Gökbudak/Hedtke 2017) nur die Anteile in diesen Fächern erfasst wurden, haben wir in diesem zweiten Teil der Studie die außerunterrichtlichen Veranstaltungen der sozialwissenschaftlichen Domäne mitberücksichtigt. In die Berechnung sind nur obligatorische Lernformen mit dem jeweiligen Mindestumfang eingegangen (siehe Kap. 3.2). Weitere fakultative außerunterrichtliche Veranstaltungen wurden bei den Berechnungen nicht berücksichtigt.

Damit sind die für die sozialwissenschaftliche Bildung der Sekundarstufe I einschlägigen Unterrichtsfächer der Obligatorik erfasst. Nicht berücksichtigt werden das Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften der Realschule sowie die Pflichtfächer Erdkunde und Geschichte, die jedoch auch zur sozialwissenschaftlichen Bildung beitragen (sollen); das definieren explizit die beiden Rahmenvorgaben Politische Bildung und Ökonomische Bildung (MSW 2004, S. 2, 7, 14; MSW 2001, S. 6, 9).

Das Fach Politik an Haupt-, Real- und Gesamtschulen und das Fach Politik/Wirtschaft an Gymnasien ist laut APO SI NRW gemeinsam mit den Fächern Geschichte und Erdkunde dem Lernbereich Gesellschaftslehre zugeordnet. Innerhalb der Lernbereiche sollen die Einzelfächer jedoch gleichgewichtig berücksichtigt werden (APO SI NRW 2017, § 4 Abs. 3 & § 3, Anlage 1-4). Deshalb wurde im Rahmen dieser Studie auch nur die tatsächlich für das Fach (bzw. den Themenbereich) Politik, Politik/Wirtschaft und Wirtschaft veranschlagte Unterrichtszeit mit eingerechnet. D.h. wenn dem Lernbereich Gesellschaftslehre in den Jahrgängen 5 bis 10 an Realschulen 21 Wochenstunden zugeteilt sind, fallen dem Fach Politik in den Jahrgängen 5 bis 10 insgesamt 7 Wochenstunden zu. Das sind dann umgerechnet und aufgerundet 1,2 Unterrichtsstunden pro Woche für das Fach Politik. Das entspricht 46,7 Unterrichtsstunden in einem Schuljahr.

Die Zuordnung der Inhaltsfelder zu den Themenschwerpunkten Gesellschaft, Politik und Wirtschaft richtet sich nach der Beschreibung der Inhaltsfelder in den Kernlehrplänen, insbesondere in Form der dort explizit aufgeführten „Schwerpunkte“, „inhaltlichen Schwerpunkte“ und der einem Inhaltsfeld direkt zugeordneten „Kompetenzen“. Die Inter-coder-Reliabilität wurde durch zwei unabhängig voneinander durchgeführte Codierungen durch zwei Fachdidaktikwissenschaftler sowie darüber hinaus durch stichprobenartige Überprüfungen durch Dritte gesichert.

Inhaltsfelder wie „Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftsgeschehens“ aus dem Kernlehrplan Politik Realschule (MSW 2011a) wurden dem Themenschwerpunkt Wirtschaft zugeordnet. Inhaltsfelder wie „Die Rolle der Medien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ die zwar auch Bezüge zum Themenbereich Wirtschaft aufweisen, aber eindeutig die Themenbereiche Politik und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen, werden auch nur diesen Themenbereichen zugerechnet.

Schließlich weisen wir darauf hin, dass sich eine etwas andere Gewichtung ergibt, wenn man nur die Gruppe der kleinen Unterrichtsfächer als Vergleichsmaßstab wählt. Will man das quantitative Übergewicht der großen Fächer ausgleichen, dann ist die bereinigte durchschnittliche Stundentafelquote $Q_{S\bar{x}partial}$ eines Faches der geeignete Indikator (ohne die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Sport und Wahlpflichtbereich). Die Daten dafür zeigt die Tabelle 7.

Tab. 7

Bedeutung der Themenbereiche Politik und Wirtschaft in Bildungsgängen der Sek I nach Schulformen für die Gruppe kleiner Fächer

Schulform	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Jahrgangsstufe	5-10	5-10	5-9
Durchschnittlicher Stundentafelanteil kleiner Fächer ($Q_{S\bar{x}partial}$, %)	9,1	8,3	11,1
Stundentafelanteil für den Themenbereich Politik (nur kleine Fächer, $Q_{SPpartial}$, %)	3,4	3,0	2,9
Stundentafelanteil für den Themenbereich Wirtschaft (ohne außerunterrichtliche Maßnahmen) (nur kleine Fächer, $Q_{SPpartial}$, %)	3,4	6,9	3,7

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128.

Die durchschnittliche Stundentafelquote eines kleinen Faches beträgt beispielsweise für Realschulen 9,1 Prozent. Davon bleiben die hier untersuchten Themenbereiche Politik und Wirtschaft mit einer Quote $Q_{SPpartial}$ von zusammen 6,8 Prozent weit entfernt. Die Fächer Politik, Geschichte und Erdkunde haben jeweils eine Stundentafelquote Q_S von 8,8 Prozent sie liegen also leicht unter dem Durchschnitt der Gruppe der „kleinen“ Fächer. Auf Musik, Kunst und Textildesign entfällt jeweils ein Q_S von 6,7 Prozent. An der Gesamtschule erreicht der Themenbereich Wirtschaft allein 6,9 Prozent; dabei sind die obligatorischen außerunterrichtlichen Elemente der ökonomischen Bildung noch nicht eingerechnet.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hr.) 2017. Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster: Waxmann.
- APO SI NRW 2017 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I (Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I – APO-S I) Vom 2. November 2012 geändert durch Verordnung vom 21. März 2017 (SGV. NRW. 223) mit BASS 13-21 Nr. 1.1. Online verfügbar unter https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Schulrecht/APOen/HS-RS-GE-GY-SekI/APO_SI.pdf (Zugriff: 25. Juli 2017).
- CDU, FDP 2017: Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022. NRW-Koalition. Düsseldorf
- Dahl, Robert A. 1971: Polyarchy: Participation and Opposition. New Haven, London: Yale University Press.
- Engartner, Tim 2018: „Der Kampf um die Köpfe der Kinder im Klassenzimmer ist voll entbrannt.“ In: *Begegnung* 39 (2), S. 50–52.
- GEW 2018 = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2018: GEW NRW lehnt Schulfach „Wirtschaft“ ab. Pressemitteilung vom 26.11.2018. <https://www.gew-nrw.de/meldungen/detail-meldungen/news/gew-nrw-lehnt-schulfach-wirtschaft-ab.html> (Zugriff 20. November 2018).
- Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold 2017: 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers Nr. 6), Bielefeld.
- Götz, Thomas; Lohrmann, Katrin; Ganzer, Bernd; Haag, Ludwig 2005: Einsatz von Unterrichtsmethoden - Konstanz oder Wandel? In: *Empirische Pädagogik* 10 (4), S. 342–360.
- Hamm-Brücher, Hildegard 1992: Bürgergesellschaft versus Parteiendemokratie. Damit unsere Verfassungswirklichkeit wieder verfassungskonform wird. In: Gunter Hofmann und Werner A. Perger (Hg.): Die Kontroverse. Weizsäcker's Parteienkritik in der Diskussion. Frankfurt am Main: Eichborn, S. 187–197.
- Hoffmann-Lange, Ursula 2001: Politikverdrossenheit oder Politikdistanz? Zum Wandel der politischen Orientierungen junger Menschen. In: *Diskurs* 11 (1), S. 11–19.
- IAQ et al. 2016 = Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ), Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. an der Universität Tübingen (IAW), SOKO Institut 2016: Das Handlungsfeld „Berufs- und Studienorientierung“ im Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss Übergang Schule-Beruf in NRW“ – Ergebnisse der Evaluation. Forschungsbericht. O. O. (Duisburg-Essen, Tübingen, Bielefeld).
- Kleickmann, Thilo; Richter, Dirk; Kunter, Mareike; Elsner, Jürgen; Besser, Michael; Krauss, Stefan; Baumert, Jürgen 2013. Teachers' Content Knowledge and Pedagogical Content Knowledge. In: *Journal of Teacher Education* 64 (1), S. 90–106.
- Kölner Stadt-Anzeiger 31.5.2017: CDU und FDP stellen Konzepte vor: Wirtschaft soll Schulfach in NRW werden.
- Kroh, Martin 2017. Unequal Political Voice and Family Background. Berlin: Unveröff. Manuskript.
- Kroh, Martin; Könnecke, Christian 2013. Arm, arbeitslos und politisch inaktiv? In: *DIW Wochenbericht* 80 (42), 3-15.
- Landesregierung 2018 = Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 2018: Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule–Beruf in NRW. Zusammenstellung der Instrumente und Angebote. Düsseldorf.
- Lederer, Gerda; Schmidt, Peter (Hg.) 1995: Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen von 1945 - 1993. Opladen: Leske und Budrich.
- LGH 2018 = Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks 2018: Bildungsträgermaßnahmen in "Kein Abschluss ohne Anschluss". <https://www.lgh.nrw/index.php/unsere-aufgaben/berufsbildung/79-bildungstraegermassnahme-in-kein-abschluss-ohne-anschluss> (Zugriff 30. November 2018).
- MAGS 2018 = Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: Kein Abschluss ohne Anschluss. Übergang Schule-Beruf in NRW. Ergebnisse des Monitorings zur Umsetzung der Standardelemente der Berufs- und Studienorientierung im Schuljahr 2016/2017. Bottrop.
- MAIS 2012, S. 17f = Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2012): Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW. Zusammenstellung der Instrumente und Angebote. Online verfügbar unter http://www.berufsorientierung-nrw.de/cms/upload/Gesamtkonzept_und_Zusammenstellung_der_Instrumente_und_Angebote_im_NS_112012.pdf (Zugriff: 25. November 2018).
- Massing, Peter 2011: Parteien- und Politikverdrossenheit - Mode oder Signum der Zeit? In: Siegfried Frech (Hg.): Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung; Siegfried Schiele für seine Verdienste um die Didaktik politischer Bildung. Schwalbach / Ts.: Wochenschau-Verl. (Didaktische Reihe), S. 131–148.
- Merkel, Wolfgang; Petring, Alexander 2012. Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Tobias Mörschel und Christian Krell (Hg.): Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 93–120.
- MSB 2018a = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: Ministerin Gebauer: Wir führen das Schulfach Wirtschaft ein und stärken so die ökonomische Bildung. Düsseldorf.
- MSB 2018b = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: bp Berufliche Orientierung des Landes Nordrhein-Westfalen. <http://www.berufsorientierung-nrw.de/start/index.html> (Zugriff 1. Dezember 2018).
- MSB 2018c = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2017/18. Statistische Übersicht Nr. 399. Düsseldorf.
- MSW 1996 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (1996): 27. Januar – Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 28. 11. 1996 (GABl. NRW. I S. 236).

- MSW 2001 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2001): Rahmenvorgabe Politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/materialdatenbank/nutzersicht/materialeintrag.php?matId=2894> (Zugriff: 25. Juli 2017).
- MSW 2004 = Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2004): Rahmenvorgabe für die ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I. Online verfügbar unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/materialdatenbank/nutzersicht/materialeintrag.php?matId=2894> (Zugriff: 25. Juli 2017).
- MSW 2007 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2007): Kernlehrplan für das Gymnasium – Sekundarstufe I (G8) in Nordrhein-Westfalen .Politik/Wirtschaft. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/lehrplaene_download/gymnasium_g8/gym8_politik-wirtschaft.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2011a = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Kernlehrplan für die Realschule in Nordrhein-Westfalen . Politik. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp_SI/RS/PL/KLP_RS_PL.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2011b = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Kernlehrplan für die Gesamtschule – Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre . Erdkunde, Geschichte, Politik. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp_SI/GE/GL/KLP_GE_GL.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2013a = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2013): Berufs- und Studienorientierung RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 21. 10. 2010 (ABl. NRW. S. 576). Bereinigt. Eingearbeitet: RdErl. v. 30. 4. 2012 (ABl. NRW. S. 326) BASS 12 – 21 Nr. 1. Online verfügbar unter: http://www.berufsorientierung-nrw.de/cms/upload/pdf/RdErl_BO_April2013.pdf (Zugriff: 25. November 2018).
- MSW 2013b = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2013): Kernlehrplan für die Gesamtschule – Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Arbeitslehre. Hauswirtschaft, Technik, Wirtschaft. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp_SI/GE/Arbeitslehre/KLP_GE_AL.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2015 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht, 2014/15. Statistische Übersicht Nr. 388. Düsseldorf.
- MSW 2016 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht, 2015/16. Statistische Übersicht Nr. 391. Düsseldorf.
- MSW 2017a = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2016/17. Statistische Übersicht Nr. 395. Düsseldorf.
- MSW 2018 = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2018): Betriebspraktika in der Sekundarstufe I und II. Online verfügbar unter: <http://www.berufsorientierung-nrw.de/standardelemente/praxisphasen/betriebspraktika-in-der-sekundarstufe-i-und-ii/index.html> (Zugriff: 01. Dezember 2018).
- NRWSPD, Bündnis 90/Die Grünen NRW 2010: Nordrhein-Westfalen 2010-2015. Gemeinsam neue Wege gehen. Koalitionsvertrag zwischen der NRWSPD und Bündnis 90 / Die Grünen NRW. Online verfügbar unter https://gruene-nrw.de/dateien/Koalitionsvertrag_Rot-Gruen_NRW_2010-2015.pdf (Zugriff: 2. Juli 2017).
- NRWSPD, Bündnis 90/Die Grünen NRW 2012: Koalitionsvertrag 2012–2017. Verantwortung für ein starkes NRW – Miteinander die Zukunft gestalten. Online verfügbar unter https://gruene-nrw.de/dateien/Koalitionsvertrag_2012-2017.pdf (Zugriff: 2. Juli 2017).
- Patzelt, Werner J. 2009: Politikern sind die Ahnungslosen. In: *Kursiv Journal für politische Bildung* (1), S. 12–17.
- Pickel, Gert 2002: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung. Opladen: Leske und Budrich.
- Rau, Johannes 2000: Die Zukunft unserer Demokratie. Rede auf dem Jahresforum des Vereins "Gegen Vergessen Für Demokratie e.V." in Berlin am 14. Oktober 2000 in Berlin. Der Bundespräsident: Berlin.
- Retzmann, Thomas 2016: Die Schule ist ein wirtschaftsfreier Raum. Leserbrief. In: *Finanztest*, 5, S. 6.
- Schulgesetz = Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG) vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102) zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juli 2018 (SGV. NRW. 223). Online verfügbar unter <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Schulrecht/Schulgesetz/Schulgesetz.pdf> (Zugriff 30. September 2018).
- Univation 2010: Ergebnisberichterstattung für die Online-Befragung von Schulen in NRW des Projekts 'Wir wollen: Wirtschaft für Schule in NRW'. Köln.
- VBE 2018: Soziologen der Universität Bielefeld untersuchen Politikunterricht in NRW. In: *Schule heute* 58 (4), S. 4–5.
- VÖBAS 2018 = Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen e. V. 2018: NRW: Das Fach Wirtschaft kommt. <http://www.voebas.de/?q=aktuelles/nrw-das-fach-wirtschaft-kommt> (Zugriff 30. November 2018).
- Weizsäcker, Richard von 1992: Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Unter Mitarbeit von Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag.
- WN 13.12.2016 = Westfälische Nachrichten: Handwerkskammer führt die Regie. Den richtigen Beruf finden. <https://www.wn.de/Muenster/2016/12/2632462-Handwerkskammer-fuehrt-die-Regie-Den-richtigen-Beruf-finde> (Zugriff 20. November 2018).

Hinweis auf weitere Working Papers

WP6

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold:
17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit.
Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in
Nordrhein-Westfalen
(Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers
No. 6). Bielefeld 2017.
[urn:nbn:de:0070-pub-29151744](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0070-pub-29151744)

WP7

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold:
Ranking Politische Bildung 2017.
Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der
Sekundarstufe I
(Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers
No. 7). Bielefeld 2018.
[urn:nbn:de:0070-pub-29172073](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0070-pub-29172073)

Didaktik der Sozialwissenschaften
Social Science Education
Working Papers
ISSN 2364-7698

Fakultät für Soziologie
Faculty of Sociology

Didaktik der Sozialwissenschaften
Social Science Education
Working Papers
ISSN 2364-7698

Anschrift der Autoren:
Mahir Gökbudak
Reinhold Hedtke
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
33501 Bielefeld
reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de
mahir.goekbudak@uni-bielefeld.de

[urn:nbn:de:0070-pub-29325542](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0070-pub-29325542)
Bielefeld: Faculty of Sociology 2018

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Working Papers

ISSN 2364-7698

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften stellen vorläufige Forschungsergebnisse oder Resultate aus laufenden Forschungsprojekten vor und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Sie haben eine interne und externe Kommentierung und Begutachtung durchlaufen.

Social Science Education Working Papers are reporting on preliminary research results or results from current projects and are intended to provide a forum for debate and discussion. They have been subjected to internal and external comment and peer review.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

[reinhold.hedtke\[at\]uni-bielefeld.de](mailto:reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de)

[bettina.zustrassen\[at\]uni-bielefeld.de](mailto:bettina.zustrassen@uni-bielefeld.de)

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985



Bielefeld 2018

© Copyright by the author(s)

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Working Papers

ISSN 2364-7698

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften stellen vorläufige Forschungsergebnisse oder Resultate aus laufenden Forschungsprojekten vor und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Sie haben eine interne und externe Kommentierung und Begutachtung durchlaufen.

Social Science Education Working Papers are reporting on preliminary research results or results from current projects and are intended to provide a forum for debate and discussion. They have been subjected to internal and external comment and peer review.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen@uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985

Bielefeld 2018

© Copyright by the author(s)